Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68. Mittwoch, den 20. März 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs.

Die konservativ-klerikale Politik, die das Ruhrrevier mit dem weißen Schrecken erfüllt, hat in Berlin auf anderm Gebiet ein Opfer gefordert. Der Reichsschatzsekretär Wermuth hat, wie in der letzten Nummer schon mitgeteilt und kommentiert werden konnte, seinen Abschied genommen, weil er es vor seinem Gewissen nicht verantworten kann, die vom Zentrum befohlene, vom Reichskanzler ausgeführte und von der Ministerkonferenz gutgeheißene Richtung der Finanzpolitik mitzumachen.

Wermuth hat bis zuletzt den Standpunkt vertreten, daß die neuen Wehrvorlagen nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können und die Einführung einer Reichserbschaftssteuer empfohlen. Bethmann-Hollweg entschied jedoch im Sinne der Rechten und des Zentrums, daß die Kosten der Wehrvorlage in der Hauptsache auf den alten Etat übernommen werden sollen. Er beschränkt sich — mehr um dem Scheine zu genügen als der Wirklichkeit zu dienen — auf eine Reform der Branntweinbesteuerung, die einstweilen ein paar Millionen mehr in die Reichskasse bringen soll, deren auf einen Monopolplan auslaufender Endeffekt aber noch nicht abzusehen ist.

Wenn Wermuth dieses Spiel nicht mitmachen will, sondern lieber geht, so verstößt er damit — wie Dernburg und Lindequist — gegen die preußische Tradition, die „nachgeordneten Stellen“ den Luxus einer eignen Meinung nicht gestattet. Nach preußischer Überlieferung ist der Staatssekretär oder Minister ein Diener, der zu bleiben hat, solange es gewünscht wird, und zu tun hat, was man ihm zumutet. Darum wird auch Wermuth mit allen Zeichen „Allerhöchster“ Ungnade entlassen, während der Sieger über ihn, der Freiherr v. Hertling, bayrischer Ministerpräsident und Zentrumsführer a. D., an der kaiserlichen Tafel schmausen und nachher in einem kaiserlichen Salonwagen nach München fahren durfte.

Mit Recht spricht die gesamte Presse, soweit sie nicht dem schwarzblauen Konzern angehört, von einer Unterwerfung der Reichsregierung unter den Willen der Rechten. Man erinnert an die Finanzdebatten des Reichstags im Februar dieses Jahres, bei denen der Zentrumsredner Spahn den Wermuthschen Plan einer Wiedereinbringung der Erbschaftssteuer als eine Brüskierung der Parteien der Rechten zurückwies. Damals war es Bethmann-Hollweg, der da sagte:

„Das ist ein starkes Wort, hinter dem sich Machtansprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann. Die verbündeten Regierungen bringen ihre Vorlagen nach sachlichen Gesichtspunkten ein. Da sollte von Brüskierung nicht gesprochen werden.“

Sind es nun sachliche Gründe, aus denen Bethmann auf die Erbschaftssteuer verzichtet hat, oder hat er Machtansprüche anerkannt, die er zuvor nicht anerkennen wollte? Auf diese Frage antwortet am besten das von Bethmann ausgegebene offiziöse Bulletin zur Krise, woraus hervorgeht, daß die Regierung zu Kreuze gekrochen ist, lediglich aus Angst vor dem Spektakel, den die schwarzblauen Beschützer des Portemonnaies erheben würden, wenn sie die Erbschaftssteuer wieder einbrächte. Diese Spektakelmacher sind zwar bei den Wahlen dezimiert worden und weit davon entfernt, die Mehrheit des Hauses zu bilden, aber der Philosoph auf dem Kanzlerstuhl, der die Mehrheit verachtet, weiß sich auch einer Minderheit zu fügen, wenn sie die nötigen Machtmittel hat und energisch aufzutreten versteht. Das ist die Bethmannsche Methode, die Regierungsautorität aufrechtzuerhalten, daß man die Majorität mit hochmütigen Sentenzen verletzt, während man der Minorität gehorsamst zu Willen ist.

Nach dem Rücktritt Wermuths, nach dem Falle des Erbschaftssteuerprojekts ist es gewiß, daß die Kosten der neuen Heeres- und Flottenvorlagen wiederum nicht von den Besitzenden getragen werden sollen. Wer sie aber sonst tragen wird, das ist die Frage oder es ist eigentlich schon keine Frage mehr.

Die Regierung plant eine Reform der Branntweinbesteuerung, deren Einzelheiten noch nicht bekanntgegeben werden, die aber als Ganzes unter dem wohlklingenden Titel „Abschaffung der Branntwein-Liebesgaben“ angekündigt wird. Bekanntlich besteht die sogenannte „Liebesgabe“ darin, daß der Spiritus einer allgemeinen Besteuerung unterworfen wird, die aber für bestimmte auf die einzelnen Brennereien verteilte Quoten, die „Kontingente“ bedeutend ermäßigt ist. Der Brenner zahlt für einen Teil seiner Produkte einen höheren, für den andern Teil einen niedrigeren Steuersatz, da sich aber der Preis nach dem höheren Steuersatz richtet, kommt die ihm für sein Kontingent gewährte Steuerermäßigung nicht den Verbrauchern zugute, sondern fließt in seine Tasche. An solchen Liebesgaben haben die Schnapsbrenner bisher jährlich rund 45 Millionen erwirtschaftet, seit Bestehen der Liebesgaben, das ist seit 1887, rund eine Milliarde Mark.

Nach der offiziösen Ankündigung soll nun auch der Kontingent-Spiritus in Zukunft der vollen Verbrauchsabgabe unterworfen werden. Die Abschaffung der Liebesgabe scheint auf den ersten Blick eine Rücksichtslosigkeit gegen die Brenner zu sein, denen ihre bisherigen Übergewinne dadurch entzogen werden sollen. Doch der Schein trügt. In den letzten Jahren hat sich nämlich in der Spiritusindustrie eine Entwicklung vollzogen, die es den Brennern sehr leicht macht, sich für den Entgang der Liebesgabe zu entschädigen.

Den Verbrauchern kann nämlich die Spirituszentrale heute, wo der Ring geschlossen ist, nach Belieben die Preise diktieren, und sie wird keinen Augenblick zögern, die Millionen, die die Brenner an die Reichskasse herausgeben sollen, auf die Konsumenten abzuwälzen. Die agrarkonservative Branntweinbrennerpresse, „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ usw., spricht es auch schon ganz offen aus, daß die Abschaffung der Liebesgabe wie eine neue Verbrauchssteuer wirken und den Preis des Produkts verteuern würde.

Hinter der Abschaffung der Liebesgaben steht aber die Einführung des Spiritusmonopols, die geplant ist, wenn auch noch nicht feststeht, in welcher Form sie zur Ausführung gelangen soll. Die Einführung des Spiritusmonopols erfordert Abfindung der Interessenten. Die Höhe dieser Abfindungssummen ist für ihre zukünftigen Empfänger viel wichtiger als der Betrag der Liebesgaben, die ja doch mit der Monopolisierung verschwinden müssen. Es ist notwendig, dem Schwindel rechtzeitig entgegenzutreten, als ob der Verzicht auf die Liebesgabe ein patriotisches Opfer der Schnapsbrenner wäre. Für sie handelt es sich nur um die Vorbereitung eines neuen lukrativen Geschäfts.

Politische Rundschau

Deutschland.

Kaligesetz und Statistisches Amt.

Die Drohung, mit der der Reichstagspräsident die Montagssitzung schloß, sollte rasch in Erfüllung gehen. Den gestrigen Tag eröffnete er mit der wenig erfreulichen Aussicht, daß am Abend noch eine Nachtsitzung stattfinden wird. Und in der Tat wurde um 6 Uhr vertagt, damit nach zweistündiger Pause die Volksvertreter mit erneuten Kräften wieder an die Arbeit gehen könnten. Man will eben unbedingt noch vor Ostern mit dem Reichsamt des Innern, mit der Post, mit der Reichsdruckerei und eventuell mit dem einen oder anderen kleineren Gesetzentwurf fertig werden.

Aber obwohl so schnell Ernst gemacht worden ist, war die Drohung noch nicht überaus wirksam. Die Kalidebatte wurde allerdings zu Ende geführt, aber über das „Statistische Amt“ ist man noch nicht hinausgelangt.

Die gestrige Erörterung befaßte sich wieder vorwiegend mit der von der Budget-Kommission vorgeschlagenen Resolution, die unsere Genossen eingebracht hatten. Die Auffassung der Fraktion vertrat gegenüber den vorgebrachten Einwänden Genosse Dr. Cohn, der mit seinem ersten Auftreten im Hause einen sehr guten Erfolg hatte. Er widerlegte namentlich die vom Regierungsvertreter geäußerte Ansicht, daß der öffentliche Anschlag der Durchschnittslöhne der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht widerspreche und daher nicht zulässig sei. Bei dieser Gelegenheit kritisierte er auch eingehend und sehr wirksam die Tätigkeit der Verteilungsstelle bei der Quotenübertragung, wo die Interessen der Arbeiter bisher keinen genügenden Schutz gefunden haben. In seinen Schlußausführungen ging unser Redner noch einmal auf das Problem der Verstaatlichung ein. Er konnte die Regierung daran erinnern, daß sie selbst schon sich für ein Bergwerksmonopol ausgesprochen hat, und daß auch andere Staaten die Verfügung über die Mineralschätze beanspruchen. Ebenso wie am Montag Genosse Hoch, so legte auch gestern Genosse Cohn mit Recht viel Wert auf die einzelnen Bedingungen, unter denen das Staatsmonopol geschaffen werden müßte. Nachdem der Unterstaatssekretär Richter den schwierigen Versuch unternommen hatte, die eigentlich schon preisgegebene Verteilungsmethode der Propagandagelder zu verteidigen, kam der Abgeordnete Gothein von der Volkspartei zu Wort. Herr Gothein bekannte sich zwar prinzipiell zum Reichsmonopol da, wo sich ein Privatmonopol bereits gebildet hat, aber beim Kali fürchtet er, ähnlich wie jüngst der Staatssekretär Delbrück, daß die Industrie für die Verstaatlichung noch nicht reif sei. Er bekämpfte auch die Forderung der Resolution, daß ein Teil der sogenannten Propagandagelder in die Reichskasse fließen solle. Ihm erscheint diese Abführung als eine indirekte Steuer. Die Konservativen ließen durch Graf Westarp erklären, daß sie eine Abänderung des Kaligesetzes einstweilen nicht wünschen. Nach einer kurzen Erwiderung des Genossen Hoch auf die Polemik, welche Herr Gothein gegen die Verstaatlichung geführt hat, kam die Resolution zur Abstimmung. Sie wurde angenommen und zwar mit Zustimmung der Freisinnigen, die sich offenbar durch die Argumente des Abgeordneten Gothein gegen die angebliche indirekte Steuer nicht hatten überzeugen lassen.

Beim „Statistischen Amt“ besprach der neugewählte Abgeordnete von Sorau-Forst, Genosse Schumann, die sehr mangelhafte Erforschung der Arbeiterverhältnisse. Er benutzte die Gelegenheit, um ein reiches und interessantes Material vorzubringen, das im Statistischen Amt und seinen vielfach ewigen Erhebungen empfohlen werden kann. Die Verhältnisse in der Binnenschiffahrt und im Transportgewerbe wurden von unserem Redner sehr wirkungsvoll geschildert, und es erregte nicht nur auf den sozialdemokratischen Bänken Aufsehen, als er über die Arbeitszeit, die gesundheitlichen Verhältnisse und die Strafbestimmungen, z. B. in den Verträgen der „Großen Berliner Straßenbahngesellschaft“, Mitteilungen machte, an die er die Forderung ernsthafter Abhilfe anschließen konnte. Auch der Abgeordnete Sittart vom Zentrum mußte das Vorhandensein solcher Zustände zugeben, die der Regierungsvertreter vergeblich abzuschwächen versuchte.

Am Schluß der Sitzung kam es noch zu einem lebhaften Rededuell zwischen dem Abgeordneten v. Schulze-Geevernitz und dem Konservativen Dr. Oertel. Der freisinnige Professor, der Ermittelungen über die Wirkung der Getreidezölle forderte, benutzte die Gelegenheit, um die Bauernfreundlichkeit seiner Partei hervorzuheben. Er war vielleicht nicht gerade parlamentarisch gewandt, aber das Lachen, mit dem die Junker seine Ausführungen aufnahmen, kann immerhin nicht als Widerlegung seiner Argumente gelten. Sein Gegner machte es sich auch verhältnismäßig leicht, wenn er mit einigen gutmütig vorgetragenen Witzen die Unfehlbarkeit seines Bundes der Landwirte nachweisen wollte. Seine wirkliche Absicht offenbarte er am Schluß seiner Rede, als er die Solidarität des großen und des kleinen Grundbesitzes proklamierte. Eine Solidarität, bei der die Kleinen leiden und klagen dürfen, während die Großen dick und fett werden — just wie ihr parlamentarischer Vorkämpfer.

Nach diesem Zweikampf trat die Pause ein.

Die Leiter der neuen Reichsversicherungsanstalt.

Der Bundesrat hat sich über die Besetzung der leitenden Stellen bei der neuen Reichsversicherungsanstalt schlüssig gemacht. Zum Präsidenten wurde der Geheime Oberregierungsrat Koch, zu Direktoren der Geheime Oberregierungsrat Dr. Beckmann und der Regierungsrat Dr. Lehmann bestimmt.

Der Bergarbeiterstreik im preußischen Abgeordnetenhause.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die Besprechung der Interpellationen über den Bergarbeiterstreik beendet. Die Sitzung verlief weit weniger stürmisch als die vom Montag. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Scharfmacher wohl inzwischen eingesehen haben, wie töricht es ist, die Sozialdemokraten fort und fort zu provozieren. Sie schickten deshalb Redner vor, die sich im allgemeinen einer gewissen Mäßigkeit befleißigten, jedenfalls an die scharfmacherischen Gelüste der Strosser und Zedlitz nicht entfernt heranreichten. Nachdem zunächst der Pole v. Trampczynski für die Streikenden Partei genommen und die Requirierung des Militärs getadelt hatte, kam als erster und einziger Redner der Sozialdemokratie Gen. Leinert zum Wort. Leinert gab einleitend einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung des Streiks und die Lage der Bergarbeiter. Er wies die Angriffe der bürgerlichen Parteien und des christlichen Gewerkvereinsführers energisch zurück und rechnete mit der Regierung, vor allem mit dem Polizeiminister v. Dallwitz gründlich ab. Seine Darlegungen verdienen deshalb besondere Beachtung, weil er im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion das Streikrevier bereiste und dort genaue Erkundigungen eingezogen hat. Großen Eindruck erweckte es, daß Leinert zum Beweise dafür, wie wenig die Arbeitswilligen des polizeilichen Schutzes bedürfen, einige geladene Revolver und Totschläger auf den Tisch des Hauses niederlegte, die Arbeitswilligen abgenommen sind.

Der konservative Abg. Escher forderte einen größeren Schutz für die Arbeitswilligen und kritisierte abfällig das Reichsvereinsgesetz, das den Arbeitern zu viel Freiheit gebe. Hierauf ergriff Minister v. Dallwitz das Wort,

der genau so wie gestern einige Berichte von Polizeiorganen vorlas, aus denen hervorgehen soll, welche Gewalttätigkeiten von Streikenden verübt wurden, im übrigen aber seine gestrigen Angriffe gegen den Reichstagsabgeordneten Sachse wiederholte. Nachdem traten zwei Sachwalter des Grubenkapitals, der neugewählte nationalliberale Abg. Knupe und der freikonservative Spinzig auf. Im Gegensatz zu diesen gab der Abg. Kindler dem Wunsch seiner Freunde nach einer Beendigung des Streiks Ausdruck und trat für die Hochhaltung des Koalitionsrechtes ein. Den Schluß der Sitzung bildete eine fast zweistündige Rede des Zentrumsabgeordneten Brust, der alles mögliche und unmögliche, was in den letzten Jahren über die Sozialdemokratie zusammengeschwindelt ist, aneinandergereiht hatte und durch die konfuse Art seines Vortrags selbst seine Freunde zur Verzweiflung brachte. Auch die Konservativen gaben ihrem Unwillen über die langen Ausführungen des Zentrumsredners Ausdruck; eine Anzahl konservativer Führer begab sich zu den Führern des Zentrums und machte ihnen Vorhaltungen darüber, daß Herr Brust ihre Geduld auf eine so harte Probe stellte.

Der nächste Redner wäre Genosse Liebknecht gewesen; aber im bekannten Anstandsgefühl schnitt die Mehrheit dem Vertreter der Sozialdemokraten, die eben noch so unverschämt angegriffen waren, das Wort ab. Auch das Zentrum stimmte geschlossen für den Schlußantrag. Es blieb Liebknecht nur noch übrig, in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung den Abg. Brust als einen Judas Ischariot zu brandmarken.

Am Mittwoch wird die durch die Besprechung der Interpellationen unterbrochene Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Bethmann-Hollweg amtsmüde?

Im Reichstag kursierte am Dienstag mit aller Bestimmtheit das Gerücht, daß der Reichskanzler sich ernstlich mit dem Gedanken trägt, endlich aus seinem Amte zu scheiden. Mit ihm will auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Kiderlen-Wächter zurücktreten und als Botschafter nach Konstantinopel gehen. — Sicher ist jedenfalls, daß innerhalb der Reichsregierung eine Krisis akut geworden ist, deren Ausgang sich noch nicht absehen läßt.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Kölsch (Natl.) konnte auch in der Sitzung vom Dienstag nicht erledigt werden. U. a. standen zwei Stimmzettel zur Prüfung auf ihre Gültigkeit, weil auf ihnen Hinweise auf — Bibelverse enthalten waren. Auf dem einen Zettel stand unter dem Namen des Kandidaten der Hinweis: Baruch 6, 9; auf dem anderen stand Jesus Sirach 39, 37. Von den Mitgliedern der Kommission war keines bibelkundig genug und so blieb nichts weiter übrig als eine — Bibel zu holen, aus der dann Abg. Stadthagen die nötigen Feststellungen machte. In dem Wortlaut dieser Bibelsprüche vermochte die Kommission keinerlei Vorbehalt zu erblicken und erklärte unter allgemeiner Heiterkeit die beiden Stimmzettel für gültig.

Antisemitisches.

In einem kleineren Zimmer des Reichstages versammelten sich am Sonntag die noch vorhandenen Splitter der antisemitischen Reformpartei, die im Reichstage durch drei Exemplare vertreten ist: Gräfe, Werner und Bruhn. Künftig soll eine Vereinigung aller antisemitischen Richtungen angestrebt und besonders die Judenfrage stärker betont werden. — Wird natürlich alles nichts helfen; eine derart verkrachte und verlumpte Partei kann nie wieder dazu kommen, eine einigermaßen beachtenswerte Rolle zu spielen.

Verlängerung der Zuckerkonvention.

Die internationale Zuckerkonvention, die nahe daran war, von Rußland gesprengt zu werden, ist am Sonntag in Brüssel wieder auf fünf Jahre verlängert worden. Während die Zuckerkampagne in Deutschland im verflossenen Jahre unter der Einwirkung der Dürre sehr knapp ausgefallen ist, litt Rußland unter einer gewaltigen Überproduktion, für die infolge der Konvention keine Möglichkeit des Absatzes im Ausland vorhanden war. Die Zuckerkonferenz hat nun das Ausfuhrkontingent Rußlands für die Kampagne 1911/12 auf 150 000 Tonnen, für die beiden folgenden Jahre um je 50 000 Tonnen höher bemessen. Die Erneuerung der Zuckerkonvention hat für Deutschland eine Verminderung der rapid gestiegenen Zuckerpreise zur Folge. Eine im Reichstage vor einigen Wochen eingebrachte Interpellation über diese Angelegenheit dürfte nunmehr zur Verhandlung kommen.

Verringerung der Schutztruppe für Südwestafrika.

Wie die Scherlpresse erfährt, schweben Verhandlungen darüber, ob die Schutztruppe für Südwestafrika mit dem 1. April d. J. eine Verringerung um 209 Köpfe erfahren soll. Die Schutztruppe würde alsdann 90 Offiziere, 20 Sanitätsoffiziere, 22 Oberbeamte, 16 Unterbeamte, 369 Unteroffiziere und 1444 Mannschaften, insgesamt 1970 Köpfe zählen. Von dieser Zahl wären im Oktober 390 Mann abzulösen.

Die Ansiedler in Südwestafrika werden, wenn diese Verminderung eintreten sollte, sofort wieder mit beweglichen Klagen an den Reichstag kommen, denn jede Verminderung der Schutztruppen bedeutet für sie einen Verlust an Käufern. In diesem kostspieligsten aller Schutzgebiete herrscht gegenwärtig Ruhe, denn die Hereros sind zum größten Teil ausgerottet, sodaß eine ganz erhebliche Verminderung der Schutztruppe angebracht wäre.

Geheimniskrämerei.

Der Umfang der Wehrvorlagen mit der bisher in Aussicht genommenen Deckung ist im Bundesrat festgestellt; gleichwohl sollen aber die Vorlagen bis zu dem Moment, wo sie dem Reichstag zugehen, streng geheim gehalten werden. Man begründet dies damit, daß der Reichstag vor Ostern ja doch keine Zeit mehr habe, die Vorlagen zu beraten. Das letztere ist richtig, aber an Vorlagen von dieser Tragweite hat nicht bloß der Reichstag, sondern auch die breiteste Öffentlichkeit das allergrößte Interesse. Die Geheimniskrämerei der amtlichen Stellen rechtfertigt die Vermutung, daß es auf eine Überrumpelung abgesehen ist; anders wäre es absolut nicht zu verstehen, daß man die Vorlagen so lange als möglich der öffentlichen Kritik entzieht. Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger" aus „gutunterrichteten Kreisen" erfährt, ist man maßgebenden Orts der Meinung, daß es besser sei, eine vorzeitige öffentliche Diskussion zu vermeiden, damit die Volksvertretung möglichst unbeeinflußt an ihre Urteilsbildung herangehen könne.

Warum trifft man nicht gleich Maßnahmen, die Volksvertreter für die Zeit der Beratung der Wehr- und Deckungsvorlagen von der Außenwelt hermetisch abzuschließen! Die breiten Volksmassen, die in letzter Linie die neuen, enormen Lasten wieder zu tragen haben, scheinen für die Regierung garnicht zu existieren. Brutaler ist der Grundsatz: „Zahlen und Maulhalten" noch nie proklamiert worden. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, dafür zu sorgen, daß, wenn es nötig sein sollte, die erforderliche Zeit geschaffen wird, um eine umfassende Massen-Protestaktion in Szene setzen zu können.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 20. März.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensbök (Inh. Dr. C. Christ) befinden sich in Lohndifferenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Brennern nach dem Stanz- und Emaillierwerk von Karl Thiel und Söhne ist streng fernzuhalten.

Die Beratung des Lübecker Staatsbudgets wurde gestern in der Lübecker Bürgerschaft fortgesetzt. Sehr langwierig und langweilig gestalteten sich die Verhandlungen durchweg. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Einführung wirklicher Freibadeanstalten, die gerechte Gestaltung der Schankgewerbesteuer, die Erhöhung der Löhne der Arbeiter der städtischen Gemeindeanstalten usw. energisch gefordert. Ebenso wurde die gewünschte Erhöhung der Hundesteuer bekämpft und kritisiert, daß die Offiziere für ihre Köter überhaupt keine Steuer bezahlen. Das ist ungerecht. Der ausführliche Bericht in unserem Blatt berichtet über die Verhandlungen, die heute Abend fortgesetzt werden.

Zur Lohnbewegung in der Chemischen Fabrik Ahrensbök wird uns geschrieben: Im Februarmonat beschloß eine Versammlung von sämtlichen in obengenanntem Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, der Firma eine Lohnforderung zu unterbreiten. Der Grund hierzu war folgender: Herr Dr. Christ ist ja bekannt dafür, daß er seinen Arbeitern recht niedrige Löhne zahlt. Schon vor zwei Jahren traten seine Arbeiter wie auch die Organisation an ihn heran, um eine Aufbesserung des Lohnes vorzunehmen. Es wurden damals gezahlt 32 Pfg. für die Stunde und wurde der Stundenlohn um 1 Pfg. erhöht, so daß derselbe auf 33 Pfg. zu stehen kam. Im letzten Sommer traten die Arbeiter abermals an die Firma heran wegen einer kleinen Lohnzulage; dieses mal wurden, weil die Arbeitskräfte nicht reichlich vorhanden waren, den dort Beschäftigten 2 Pfennig Aufschlag gewährt. Als im Herbst nun etwas Arbeitsflaue eintrat, wurden die im Sommer bewilligten 2 Pfennig abgezogen und der alte Lohn von 33 Pfennig wieder hergestellt; außerdem wurden die Arbeiter, die neueingestellt wurden, mit 31 Pfennig entlohnt. Dieses verursachte gewissermaßen eine Erbitterung unter den dort beschäftigten Leuten und beschlossen dieselben in einer im Februar abgehaltenen Versammlung, das wieder wett zu machen. Es wurde ferner beschlossen, um künftighin derartigen Lohnreduktionen vorzubeugen, zu versuchen, mit Herrn Dr. Christ einen Tarifvertrag auf drei Jahre abzuschließen. Dieser Tarif war sehr minimal gehalten. Es war im ersten Vertragsjahre ein Stundenlohn von 38 Pfg. festgesetzt, im zweiten 39 und im dritten 40 Pfg. Wenn man diesen Lohn mit der im Betriebe zu leistenden Arbeit vergleicht, so möchte man vorausgesetzt haben, daß dieser ohne Widerwillen von der Firma angenommen wäre. Aber hier war es weit gefehlt. Herr Dr. Christ erklärte einfach: was geht mich der Verband an; einen Tarif abzuschließen gibt es nicht. Aber es wurde dennoch mit der gewählten Kommission in Verhandlungen getreten, welche das Resultat zeitigten, daß diejenigen, die 33 Pfennig erhalten, 34 Pfennig bekommen sollten und die 31 Pfennig haben, ebenfalls 34 Pfennig. Die Arbeiterinnen bekommen 1 Pfennig Zulage, so daß der Lohn dieser auf 22 Pfennig zu stehen kommt. Hier meinte die Firma alles mögliche getan zu haben. Eine Versammlung nahm den Bericht entgegen und beschloß hierauf, noch weitere Verhandlungen herbeizuführen. Aber die Firma ließ sich auf nichts mehr ein, sondern entgegnete einfach, erst muß die Fabrik verdienen und dann kommen die Arbeiter. Und somit kam es am Donnerstag morgen zu einer Arbeitsniederlegung. Geschlossen gingen die bis dato Beschäftigten aus dem Tore hinaus und Herr Dr. Christ blieb mit seinen Meistern allein zurück. Aber wie es heute schon gang und gebe ist, wo Arbeiter um ihre Existenz kämpfen, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen notwendig sind, da ist der Retter in der Not nicht mehr fern. Am Freitag mittag rückte schon eine Arbeitswilligen-Kolonne aus Hamburg in die Fabrik ein. Stroh zu einem Lager wurde dann aus einem benachbarten Orte herbeigeschafft; Was die Arbeitsleistung der in Frage kommenden Hinzebrüder anbetrifft, so wird diese für den Fabrikanten nicht allzugroße Überschüsse abwerfen. Das einzige ist, daß der Betrieb besetzt ist. Um nur ein Beispiel von der Qualität der Arbeitswilligen anzuführen, sei festgestellt, daß bei dem Ausleeren eines Zylinders von unsern alten Arbeitern 1½ Stunden mit zwei Mann gebraucht wird, wohingegen die Arbeitswilligengarde mit 2 Mann 6 Stunden dabei beschäftigt gewesen ist, um diese Arbeit zu bewältigen. Weiter auf diese Gesellschaft einzugehen, wird sich wohl erübrigen, denn am letzten Sonntag waren ja noch die Tore der Fabrik für dieselben geschlossen; aber sie werden auch in kurzer Zeit die Freiheit wieder erlangen und dann werden sie ja selbst, wie es allenthalben geschehen, von ihrer Qualität Zeugnis ablegen. Im übrigen stehen die organisierten Kollegen und Kolleginnen fest und entschlossen da, den Kampf mit Herrn Dr. Christ zu führen. Ist auch die Organisation noch jung am Orte, ein guter Geist ist in ihr vorhanden. Getrosten Mutes blicken sie vorwärts in die Zukunft; ruhig und fest entschlossen sehen die Mitglieder dem Ende des Kampfes entgegen.

Typhuserkrankungen. Das Medizinalamt schreibt uns: Zur Beruhigung des Publikums möge dienen, daß die im vorigen Monat in Lübeck aufgetretene Typhusepidemie völlig im Abflauen begriffen ist. Fast sämtliche in den ersten 10 Tagen des März bekannt gewordenen Fälle, deren Zahl sich auf 12 beläuft, stammen noch aus dem Februar und nur in einem Falle handelte es sich um ein Kind, das anfangs März in einem Hause erkrankt ist, wo schon Typhuserkrankungen vorlagen, in einem letzten Falle schließlich um eine erkrankte Pflegerin. Naturgemäß sind jetzt Todesfälle unter den im Februar erkrankten Personen zu verzeichnen. Die Zahl der im März an Typhus Verstorbenen beläuft sich auf 7, während im Februar nur 2 Typhustodesfälle vorgekommen waren.

Der Roman der Bergarbeiter. Durch das Volk der Grubenarbeiter geht eine mächtige Bewegung. Eine der gedrücktesten Arbeiterschichten, die fern von Sonne und Freiheit für einen Hungerlohn schafft, — deren Tätigkeit einer Handvoll Bergherren und Aktionäre dauernd Ströme von Gold zufließen läßt, — hat sich fordernd erhoben und heischt mit stürmischer Stimme einen bescheidenen Anteil am selbstgeschaffenen Überfluß. In Großbritannien stehen mehr als eine Million Knappen im Streik, über Zweimalhunderttausend haben im deutschen Ruhrrevier das Gezähe hingeworfen; es gärt in Schlesien und Sachsen, in Böhmen, Belgien, Frankreich, Amerika. In sämtlichen Kulturstaaten der Erde treten sie aus der Tiefe an das Licht des Tages und fordern etwas von ihrem Recht — nicht alles. Das Unternehmertum weigert es, Polizei und Militär rückt in die Grubenreviere. Gespannt richten sich die Augen aller auf den Ausgang dieses beispiellos gewaltigen Kampfes. — Ein ganz Großer in der Literatur hat solche Kämpfe zwischen Bergarbeitern auf der einen und Bergherren und Herrschenden nebst ihren Söldnern auf der anderen Seite so anschaulich und tiefergreifend geschildert, wie kein zweiter es jemals vermöchte: Emil Zola, der den Roman „Germinal" schrieb, eines der berühmtesten Meisterwerke der Literatur, das bei seinem ersten Erscheinen das größte Aufsehen hervorrief. Denn es ist nicht ein, es ist schlechtweg der Roman der Bergarbeiter — so tief ist der Dichter eingedrungen in das Leben der Knappen und ihrer Familien, in ihr Schaffen unter und über Tage, in ihr Leiden und Hungern und heldenhaftes Kämpfen. Dieser Roman wird gegenwärtig gewiß das lebhafteste Interesse unserer Leser finden; deshalb machen wir darauf aufmerksam, daß er zurzeit in der Zeitschrift „In Freien Stunden" (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin) erscheint, und zwar illustriert: mit Bildern von der Hand eines Künstlers. Da die „Freien Stunden" überall leicht bezogen werden können (von allen Expeditionen, Buchhandlungen, Kolporteuren) und das wöchentlich erscheinende Heft nur 10 Pfg. kostet, können wir jedem Genossen, jeder Genossin nur empfehlen, auf „In Freien Stunden" zu abonnieren und diesen wertvollen Roman so in ihren Besitz zu bringen.

Nasenbluten. Das Nasenbluten wird in neuerer Zeit hauptsächlich durch örtliche Maßnahmen bekämpft: durch Ausstopfen der Nase, Ätzung usw. Diese Methode hilft dann, wenn es sich um örtliche Störungen handelt und das Nasenbluten darin seine Ursache hat, nicht aber, wenn das Nasenbluten durch allgemeine Kreislaufstörungen hervorgerufen wird. Dies ist der Fall bei äußerem Druck um den Hals und die Taille durch enge Kleidungsstücke, auch dann, wenn das Nasenbluten entsteht durch Verdauungsstörungen mit Gasansammlung im Magen und Darm und Verengung des Brustkorbes, ferner bei Herzkrankheiten. Auch das Nasenbluten der Bleichsüchtigen gehört hierher, sowie das bei fehlerhafter Diät, insbesondere bei zu reichlichem Genusse von Kaffee und scharfen Gewürzen entstehende Nasenbluten. In diesen Fällen hat sich nach Dr. Focke die Digitalis innerlich sehr gut bewährt. Allerdings behandelt man zunächst eine Nasenblutung nach den bekannten Regeln: Man läßt den Patienten sich setzen mit etwas nach vorn gebeugtem Kopf und ihn ruhig atmen, dann legt man auf den Nacken eine kalte Kompresse. Steht die Blutung noch nicht, so drückt man die Nasenflügel zusammen und schreitet, wenn auch diese Maßnahme nichts nützt, zur Ausstopfung der Nasenhöhle. Um eine Wiederholung vorzubeugen, muß die Diät geregelt werden durch das Verbot aller erregenden Getränke, insbesondere Kaffee, Tee und Alkohol, ferner von scharfen Gewürzen, Eiern und Fleisch. Dagegen sind Obst, Gemüse, Butter, Milch und Milchkosten erlaubt.

pb. **Entwendete Gardinen.** Aus der offenen Veranda des Hauses Herderplatz 4 sind vermutlich am 18. ds. Mts. gegen 10 Uhr abends zwei Fach geblümte Gardinen abhandengekommen.

pb. **Gestohlene Schleie.** In der Nacht vom 16. zum 17. ds. Mts. sind aus einem in der Wakenitz unterhalb der Seydlitzstraße schwimmenden Fischkasten etwa 25 Pfund Schleie abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Einbruch.** In der Nacht vom 16./17. d. M. sind in Wismar mittels Einbruchs folgende Gegenstände gestohlen worden: 1 alte Weckuhr, 4 Manschesterhosen, 1 Reißzeug, 15—20 Nickel-Taschenuhren und 12 alte silberne Taschenuhren mit folgenden Fabriknummern 212 255, 4427, 86 042, 236 141, 007 627, 13 930, 619 906, 393 837, 57 201, 2 089 503, 505 172, 12 911. Trödler, Pfandleiher und Uhrmacher werden auf diese Sachen aufmerksam gemacht.

pb. **Festgenommen** wurde ein Grünwarenhändler von hier, der seitens der Königlichen Amtsanwaltschaft in Hamburg wegen Beleidigung und Tierquälerei steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Der verschwundene Überzieher.** In der Zeit vom 8. bis 19. d. Mts. ist aus einem Hause der Mühlenstraße ein dunkelgrauer Winterüberzieher mit schwarzem Sammetkragen und schwarzem Sergefutter, der die Form eines Gehrockes hat, gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, findet bei gewöhnlichen Opernpreisen ein Gastspiel des Kammersängers Alois Pennarini als „Siegfried" in Wagners gleichnamigem Musikdrama statt. Die Aufführung ist schon vor 11 Uhr zu Ende, so daß die auswärtigen Theaterbesucher die von Lübeck abgehenden Nachtzüge noch bequem erreichen können. — Am Freitag, abends 8 Uhr, kommt Heinrich Stobitzers Lustspiel „Die Rheinnixe" zum letzten Male zur Wiederholung. — In Vorbereitung befindet sich die Oper „Joseph in Egypten" von Mehul, sowie Shakespeares Tragödie „König Richard III."

Eutin. Die gut verlaufene Märzfeier, welche die Arbeiterschaft in Eutin am Abend des 18. März veranstaltet hatte, wird sicherlich auch für den Freiheitsgedanken bahnbrechend mit sein. Der Gesangverein Harmonie leitete die Feier ein, worauf Gen. Borchert ausführlich den Werdegang der heutigen Bewegung klarlegte. Redner erörtert die französische Revolution von 1793, die 1848er Bewegung eingehend und schloß mit einem warmen Appell an die Festversammlung. Das Theaterstück „Liebesgaben" wurde exakt gespielt. Großen Anklang fanden zwei aus der Revolutionszeit und das letzte als Schluß der Feier „Schutz der Arbeit" vorgeführte lebende Bilder.

Hamburg. Fort mit dem Privatmonopol. Die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Hamburg hat im letzten Jahre wiederum ein glänzendes Geschäft gemacht. Sie legt sich bei der Ausschüttung des Gewinnes gewaltsam Beschränkung auf und verteilt dennoch 10 Proz. Dividende. Wie alle Bilanzen, so ist auch die der genannten Gesellschaft stark gefärbt, sie ist bescheiden und renommiert doch zugleich. Sie renommiert z. B., wenn sie groß verzeichnet, daß 313 478 Mark für Wohlfahrtseinrichtungen ausgegeben worden sind. 313 478 Mark! Das ist doch etwas! Vielleicht, wenn nicht in der Summe die Beiträge für über 2000 Arbeiter zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung stecken würden. Was bleibt da noch an Wohlfahrtspflege übrig? Renommage! Aber sonst ist man bescheiden. Von einem Gewinn von 7 216 718 Mark verwendet man 4 003 949 Mark zu Abschreibungen. Man getraut sich nicht, mehr als 10 Prozent Dividende zu verteilen, weil man fürchtet, daß dies auf die unzufriedenen Arbeiter oder gar auf die Parlamentarier, die über Konzessionen zu entscheiden haben, aufreizend wirken könnte. Außerdem müßte man bei höheren Dividenden dem Staate Hamburg einen größeren Anteil einräumen. Darum prellt man den Staat lieber. So werden denn Reserven in allerhand Konten versteckt angehäuft. Wichtige Konten sind schon heute auf eine Mark herabgeschrieben. 58 Pferde zum Beispiel, 7860 komplette Uniformen, stehen mit — einer Mark zu Buch. Utensilien, Bureauinventar, Wartepavillons, zwei Reparaturwerkstätten, alles nur eine Mark. Sogar die Werkstatt und Magazineinrichtung Falkenried, eine Fabrik mit zwei mächtigen Schornsteinen, die 300 Arbeiter beschäftigt, sie kostet nur eine Mark. So geduldig ist das Papier. Alle diese Dinge repräsentieren Millionenwerte. Wenn in diesem Jahre 2 100 000 Mark als Dividende und 336 000 Mark als Tantiemen verteilt werden, kann man Millionen wieder auf die hohe Kante legen. Das Unternehmen ist eine Sparkasse, die bei einer Liquidation reichen Segen über die Aktionäre ausschütten wird. Und dafür leisten die Aktionäre nichts. Ihnen fließen die Gewinne zu, weil die Angestellten der Gesellschaft ausgebeutet werden, wie die übrigen Arbeiter und weil sie ein Verkehrsmonopol der Großstadt in der Hand haben. Immer mehr denen sich Wirtschaft und Handel aus. Die Arbeiter werden in die Vororte gedrängt, weit ab von der Arbeitsstätte, so daß sie auf die modernen Verkehrsmittel angewiesen sind. So entwickelt sich das Unternehmen automatisch, steigt die Zahl der Beförderten beständig, die jetzt weit über 150 000 000 Personen beträgt, wachsen die Profite. Es ist dieselbe Erscheinung, die sich auch bei der selbsttätigen Wertsteigerung der Grundstücke durch die gemeinsame Arbeit der Gemeinschaft ergibt. Die Kapitalisten aber sind Schmarotzer am Marke einer großen wirtschaftlichen Gemeinschaft. Ein schändlicher Zustand, der nur beseitigt werden kann durch die Aufhebung privater Verkehrsmonopole und ihre Überführung in die Hände der staatlichen und städtischen Organisationen.

Hamburg. Erfolgreiche Lohnbewegung in der Hamburger Treibriemenindustrie. Die Treibriemensattler Hamburgs hatten den Unternehmern einen Tarifentwurf überreicht und um gemeinschaftliche Verhandlungen darüber ersucht. Die Unternehmer lehnten gemeinsame Verhandlungen ab, nur vier waren bereit, mit der Organisation in Einzelverhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen wurden unter Hinzuziehung eines Vertreters des Zentralvorstandes der Sattler und Portefeuiller und des Sekretärs des Industrieverbandes (Sitz Dresden) geführt. Erzielt wurden: Einführung der 53stündigen anstelle der bisher üblichen 57- und 59stündigen Arbeitswoche, Erhöhung des Mindestlohnes von 24 auf 27 Mk. für gelernte Sattler und Gerber und von 21 auf 23,50 Mk. für Hilfsarbeiter, 5 Prozent Lohnzulage am 1. April 1912, 3 Prozent am 1. April 1914 und 2 Prozent am 1. April 1915. Für Überarbeit gab es gar keinen oder nur einen sehr geringen Zuschlag, jetzt 20 Proz. und für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Wesentliche Verbesserungen bedeutet die jetzt zu gewährende Vergütung für Montagearbeit. Bei Neumontagen in der Stadt werden 5 Pfg., bei alten Riemen 10 Pfg. pro Stunde extra bezahlt, ebenso die Ausgaben für Mittag- und Abendessen. In Deutschland werden 4,50 Mk., im Auslande mindestens 6 Mk. Tagesspesen vergütet. Die Akkordsätze werden mit den Arbeitern jeden Betriebes besonders geregelt. Eine gut besuchte Versammlung stimmte den Vereinbarungen zu. — Die Firma Gehrkens u. Co. will, wie sie den Organisationsvertretern gegenüber erklärte, sich mit ihren Arbeitern verständigen und noch mehr als die übrigen Unternehmer bewilligen, nur nicht die neunstündige Arbeitszeit einführen. Auch bei den Firmen Scholz und Carl Marx bestehen noch Differenzen. — Sofort nach Bekanntwerden der Lohnbewegung offerierte „Wwe. Müller-Hamburg" und eine Berliner Firma ihr reichsortiertes Arbeitswilligenheer; die Unternehmer lehnten aber das Angebot der Hinzegarde ab.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Tiefland" Musikdrama in 3 Aufzügen von d'Albert. Vor ausverkauftem Hause wurde gestern abend das Gastspiel der Frau v. d. Osten im hiesigen Stadttheater beendet. Die geschätzte Künstlerin bot als Marta eine ausgezeichnete, temperamentvolle Leistung. Wir sind solche allerdings bisher von unseren einheimischen dramatischen Sängerinnen gewohnt. Frl. Kahler war beispielsweise ihr mindestens ebenbürtig. Den Pedro gab Herr Batz aus Köln recht gut. Leider wurde er im Laufe des Abends vollständig heiser. Über das Können des Künstlers wird seine nächste Darbietung das nötige ergeben. Heute würden wir sein Engagement nicht empfehlen. Glänzend war Langefeld als Sebastiano. P. L.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Metallarbeiter! In der Metallwarenfabrik (Fabrika Vulkan Straden Sozana 13 Septembrie) (Bukarest) stehen seit 14 Tagen 700 Arbeiter im Streik. Ursache ist schlechte Behandlung und Mißhandlungen der Arbeiter durch die Meister und Entlassungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Da die Fabrikleitung in ausländischen Zeitungen, namentlich solchen deutscher Sprache, Arbeiter sucht, wird hierdurch dringend vor Zuzug gewarnt.

Es geht auch ohne Zuchthausgesetz. In Insterburg ist ein Maurer wegen Bedrohung eines Arbeitswilligen zu der überaus hohen Strafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Maurer eines Baues hatten die Bausperre verhängt, weil einer ihrer Kollegen gemaßregelt worden war. Einer der Streikenden soll nun einen Arbeitswilligen mit Prügeln bedroht haben; und deshalb 6 Monate Gefängnis!! Der Staatsanwalt forderte eine exemplarische Bestrafung. Dieser Ansicht schloß sich das Gericht an, indem es in der Urteilsbegründung betonte, der Streik wäre ohne Anlaß vom Zaun gebrochen. Es hätte sich lediglich um eine frivole Kraftprobe gehandelt, und es müsse für später ein warnendes Beispiel gegeben werden! Selbst ein Teil der ostelbischen bürgerlichen Presse macht dem Gerichtshof wegen dieses Urteils Vorhaltungen, und das will schon etwas bedeuten. So schreibt ein Blatt, das die Strafe für außerordentlich hart hält: „Mancher dürfte hier Vergleiche anstellen mit gewissen Schimpfereien und Bedrohungen, die sich ungestrafter und wilder ausleben und noch großartig in angeblicher Wahrnehmung sogenannter berechtigter Interessen begründet werden. Der Autorität unserer Justiz wird nicht damit genützt, wenn man dem Volke Gelegenheit gibt, solche Vergleiche anzustellen."

Streik der Fensterreiniger in Essen a. Ruhr. Die im Transportarbeiterverband organisierten Fensterputzer in Essen befinden sich seit Freitag bezw. Sonnabend im Ausstand. Die Arbeiter stellten zunächst in einem Betriebe die Forderung, den Lohn um ca. 10 Proz. zu erhöhen. Nach der augenblicklichen guten Konjunktur konnten die Arbeiter umso eher auf ein Entgegenkommen der Firma rechnen, als der bisher gezahlte Lohn sich nur zwischen 18 und 25 Mk. bewegte. Der Unternehmer gab jedoch vor, als Mitglied der Arbeitgebervereinigung sich zu einer Konventionalstrafe von 500 Mk. verpflichtet zu haben, falls er mit dem Transportarbeiterverband einen Tarif abschließt. Er reagierte auf die Forderungen der Arbeiter nicht. So sahen sich denn die Arbeiter gezwungen, den Kampf aufzunehmen. Da das andere Essener Hauptglasreinigungsinstitut gleich am ersten Tage den Versuch unternahm, seine Angestellten zur Streikbrecherarbeit zu veranlassen, legten auch diese Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. Um Fernhaltung des Zuzuges wird gebeten.

Konventionalstrafen bei Lohnbewegungen. Ein interessanter Prozeß hat nunmehr vor dem Oberlandesgericht Augsburg seinen Abschluß gefunden. Im Sommer vorigen Jahres traten die Schlossergehilfen in Augsburg in eine Tarifbewegung ein. Die in einer Innung vereinigten Schlossermeister beschlossen nun, mit der Organisation der Gehilfen zwar zu verhandeln, aber unter keinen Umständen einen Tarif mit der Organisation abzuschließen. Damit dieser Beschluß gehalten werde, verpflichteten sich die Meister, je nach der Gehilfenzahl eine Konventionalstrafe zu zahlen, wenn der gefaßte Beschluß nicht eingehalten wird. Der Schlossermeister Plabst protestierte zwar in der Meisterversammlung, unterschrieb aber später doch den Revers. Die Gehilfen traten infolge der ablehnenden Haltung der Meister in den Streik. Schlossermeister Plabst, der Arbeiten zu einem bestimmten Termin fertigzustellen hatte, sah sich gezwungen nachzugeben und unterschrieb den von der Gehilfenorganisation eingereichten Tarif. Die Schlosserinnung verlangte nun von dem ausgesprungenen Mitglied die Bezahlung der vereinbarten Konventionalstrafe in Höhe von 650 Mk.; als Plabst dies verweigerte, erfolgte gerichtliche Klage. Das Landgericht Augsburg (Zivilkammer) wies die Klage der Schlosserinnung kostenfällig ab, da die Vereinbarung auf Grund des § 152 R. G. O. erfolgt sei und jedem Beteiligten es freistehe, von einer solchen Vereinbarung zurückzutreten. Auf den Rücktritt könne weder Klage noch Einrede erfolgen. Die Schlosserinnung hat gegen das abweisende Urteil Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt. Auch dieses hat nun die Klage unter Aufbürdung der Kosten auf die Klägerin abgewiesen, indem sich das Oberlandesgericht auf den Standpunkt der ersten Instanz stellte.

Bergarbeiterstreik in Frankreich. Auf drei Gruben in Denain (Nord-Departement) haben die Bergarbeiter am Montag die Arbeit eingestellt.

Soziales.

Der Einfluß des Kohlenarbeiterstreiks auf die Schiffahrt in Frankreich. Die wichtigsten Schiffahrtsgesellschaften in Marseilles beginnen bereits den Einfluß des englischen Kohlenarbeiterstreiks zu spüren. So hat die Kompagnie Transatlantique, die bereits die Fahrten ihrer Postdampfer verminderte, jetzt die Frachtfahrt nach Tunis ganz eingestellt. Die Kompagnie des Transports Maritimes ist etwas besser daran, da sie ihre Schiffe in den Häfen Amerikas mit Kohlen versorgen lassen kann. Es sind noch genug Kohlen in Marseilles vorhanden, aber der Preis stieg um 10 Frcs. per Tonne. In Algerien herrscht großer Kohlenmangel. Der Preis der Kohlen im Hafen von Oran beträgt 75 Frcs. per Tonne. Die Algerian Navigation Comp. legte alle Schiffe auf, die nach Algerien zurückkehren, da sie die Beendigung des Streiks in dem Kohlenrevier in stiller Beschaulichkeit abwarten will.

Aus Nah und Fern.

Zermalmt. Auf der Strecke Friedrichsfelde—Rummelsburg geriet gestern nachmittag der Streckenwärter Jacobitz beim Rangierdienst zwischen die Puffer und wurde zermalmt.

Wieder etwas für die Reichsverbandsliste. Großes Aufsehen erregt in Lübben die Verhaftung des Rechtsanwalts und Notars Gerhard Schlaeger, der eine sehr ausgedehnte Kundschaft besaß. Er hat in vielen Fällen ihm anvertraute Gelder unterschlagen: es soll sich um 100 000 Mk. handeln. Das Vermögen des Kriegervereins in Höhe von 5000 Mk. hat er ebenfalls für sich verwendet.

Explosion. In dem Laboratorium des Chemikalienhändlers Schwarz in Graz wurden durch eine Explosion der Geschäftsinhaber, dessen Frau, Bruder sowie ein Arbeiter schwer verletzt. Die Frau ist bereits gestorben.

Unfall eines Drachenballons. Bei einer Übung oberhalb des Kronenburger Exerzierplatzes bei Straßburg riß das Haltetau eines bemannten Drachenballons der Festungs-Telegraphenabteilung aus nicht aufgeklärter Ursache. Der ziemlich starke Südwest trieb den Ballon in der Richtung gegen Bischheim, als plötzlich die nachschleifende Stahltrosse mit einer Hochspannleitung in Berührung kam, sodaß infolge Kurzschlusses der Ballon Feuer fing und bei der Bischheimer Eisenbahnwerkstätte aus beträchtlicher Höhe abstürzte. Der Ballon ist verbrannt. Die beiden Insassen trugen erhebliche Verletzungen davon. Oberleutnant Clorer vom Infanterie-Regiment Nr. 132 erlitt einen Beinbruch und eine leichte Gehirnerschütterung, während Oberleutnant Roewer vom Fußartillerie-Regiment Nr. 10 einen Armbruch davontrug.

Bergarbeiterlos. Auf dem Schacht Oskar der Grube Petershofen in Hultschin wurden drei Bergleute verschüttet, alle drei sind tot.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C.
Sämtlich in Lübeck.

Fieberkranke haben ein starkes Bedürfnis nach flüssiger Nahrung. „Kufeke" in Wasser gekocht und mit geringem Zusatz von Salz ist in solchen Fällen mit Vorteil zu reichen, da es durstlindernd wirkt, dem durch das Fieber geschwächten Körper aber zugleich wichtige Nährstoffe zuführt, die zur Aufrechterhaltung der Kräfte dienen.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Wegen Erkrankung suchen wir zum sofortigen Antritt für unsere Warenabgabestelle in **Eutin** eine
Verkäuferin od. Lehrmädchen.
Meldungen nehmen wir entgegen in unserer Warenabgabestelle in Eutin, oder am Kontor Lübeck, Nebenhofstraße 12.
Der Vorstand.

Brockesstraße 49
enthaltend 3 abgeschlossene Wohnungen billig zu verkaufen.

Ein guterhalt. Scheidenschiebkarre, 12 Mk., ein kl. Blockwagen, 8 Mk. Werderstraße 22, Burator.

Ein Damenrad
zu verkauf. Wakenitzmauer 128. III.

Umzugshalber eine Wohnung mit Gartenland zu vermiet. Preis 112 Mk. Mort. Schulweg 8.

Guterhalt. Korb-Kinderwagen
billig zu verkaufen.
Hansastraße 64, Hinterhaus II.

Kleines Haus, Wakenitzmauer 54, enth. 5 Zimm. u. Zubeh., Hof, Stall zu verk. 4500 Mk. Anz. 1000 Mk.

Plüschgarnitur, Vertiko, Trumeau, Sofatisch, komplette, moderne
Schlafzimmereinrichtung,
sowie Küche billig zu verkaufen.
Gr. Burgstraße 30, part., Flügel.

Ausziehtische, Vertikos, Kleiderschränke, Bettstellen usw. zu verk., eventl. auf Teilzahlung
Breite Straße 33, I.

Ein bl. wiener und ein belgischer **Rammler** billig zu verkaufen.
Brüderstraße 1a, part.

Ein wachsamer Kettenhund
billig zu verkaufen.
J. Quade, Torneiweg.

Hiesiges großes Geschäft liefert elegante Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben gegen wöchentl. Ratenzahl. Angebote unter Z 44 an die Exped. d. Bl.

Schneiderin
empfiehlt sich zur Anfertigung von Damen- und Kindergarderobe.
Werderstraße 20, II.

Von der Genossenschaftsbäckerei **150 Mk.** empfangen zu haben, bescheinigt mit herzlichem Dank
Der Vorstand der Idiotenanstalt.

Konfirmations- u. Oster-Karten
empfiehlt in größer und reichhaltigster Auswahl von den billigsten bis zu den feinsten
Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Kottwitzstraße 8.
Elswigstraße 9a.
Glandorpstraße 1.
Kronsforder Allee 105a.
Schwartau, Eutinerstraße.
Eutin, Stollbergstraße.
Moisling.
Vorwerk.
Schlutup, Bremerstr. 15/17.
Schönberg i. M., Siemzerstr.
Malente-Gremsmühlen, Rosenstraße.

Besonders schöne frische
II. Sorte Meierei-Butter
pro Pfund 1.50 Mk., empfiehlt
Th. Storm Nachf.,
Königstraße 98. Fernruf 473.

Billig! Käse!
500 Stück Tilsiter Fettkäse à ca. 7½ Pfd. schwer
1 Mark per Stück.
Fleischhauerstraße 48. Kleinverkauf vom Engros-Lager.

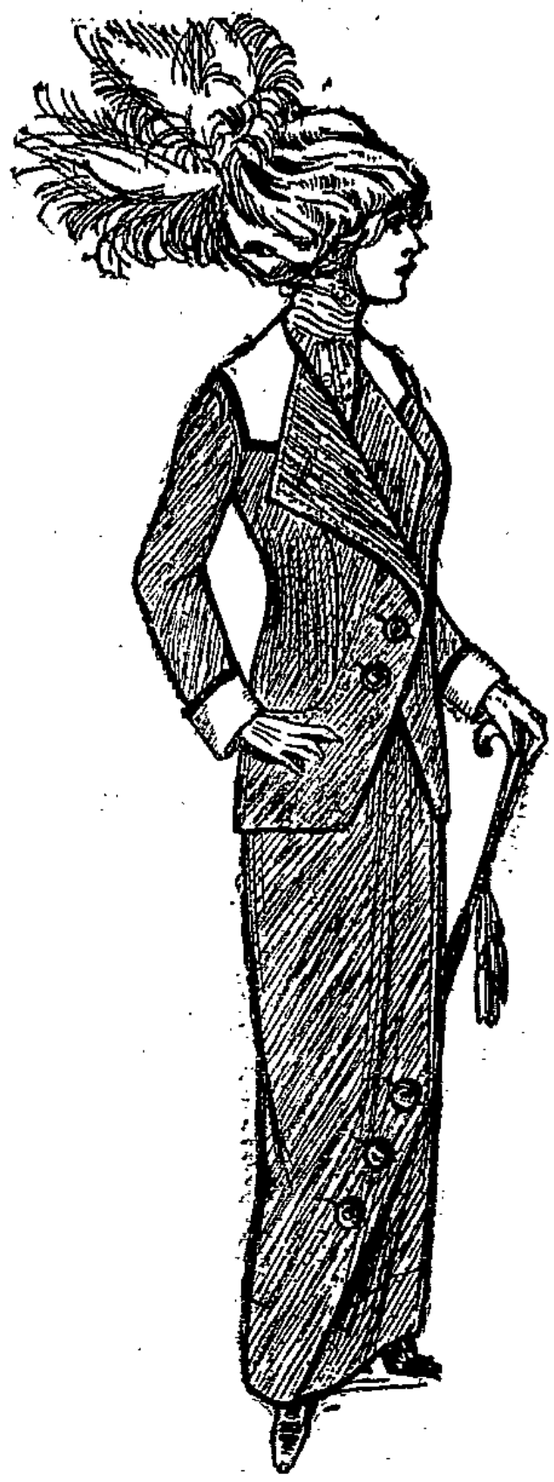
Guterhalt. Hobelbank
zu kaufen gesucht. Angebote unter A 99 an die Expedition dies. Bl.

Ein schwarz. Gehrock-Anzug
billig zu verkaufen. Nach 6 Uhr abends. Engelsgrube 52.

Kartoffeln
4 Ausnahmetage
Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Ia. Magnum bonum
10 Pfund eingedütet 52 Pfg.
10 Pfund ohne Düte 50 Pfg.
Carl Fr. Timm
16 Glockengießerstraße 16.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Empfehlungskarten
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.



Neue Frühjahrs-Kostüme

bringen wir in enorm grosser Auswahl. Jeden Tag frische Lieferung nach den allerneuesten Modellen, und empfehlen

besonders preiswert

Kostüm „Berlin“ aus blau Kammgarn mit Tresse und Knopfgarnierung auf gutem Cloth gefüttert . **26⁵⁰**

Kostüm „Brüssel“ aus blau oder schwarz Kammgarn, schickes Fasson mit grau Duchesse gefüttert . . **36⁰⁰**

Kostüm „Genf“ Tailor made aus prima reinwoll. marine Twill-Kammgarn, Revers mit Seidenspiegel, mit Seiden-Serge gefüttert **54⁰⁰**

Jacken-Kostüme aus reinwoll. Kammgarn, Twill, Fresko und Taffet, **in den Preislagen**

33⁰⁰ 39⁰⁰ 45⁰⁰ 59⁰⁰ bis **250⁰⁰**

Kostüm „Senta„ aus melierten Stoffen in engl. Geschmack, neue Revers mit Knöpfen auf gutem Satin gefüttert . **24⁰⁰**

Kostüm „Nanon“ aus mel. Stoffen nach engl. Art, mit farbigem Tuch-Revers u. neuer Rückengarnierung **28⁵⁰**

Kostüm „Henny“ aus neuen gestreiften **Fresko-Stoffen** mit Seiden-Serge gefüttert, fesche Fassons in lederfarbig und grau **45⁰⁰**

Jacken-Kostüme in neuen melierten und engl. Stoffen, schicke Fassons, **in den Preislagen**

26⁵⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ 48⁰⁰ bis **95⁰⁰**

Reklame-Verkauf in neuen Blusen. in neuen Kostümröcken.

Blusen aus Salonbarchend in neuen hübschen Streifenmustern . **1⁸⁵ 1⁹⁵ 2¹⁰**

Blusen aus reinw. Musseline, neue Muster, mod. Ausführungen **2⁹⁵ 3⁹⁰ 4⁷⁵**

Kostümröcke neue Fassons aus Stoffen n. engl. Art **3⁹⁰ 5²⁵ 6⁷⁵**

Kostümröcke n. Fassons a. blau u. schw. Kammg.-Chev. **6⁷⁵ 7⁵⁰ 8⁷⁵**

Konfirmations-Kleider in modernen Ausführungen, aus Wollbatist Cheviot und Satintuch . . . . . **12⁵⁰ 13⁷⁵ 15⁰⁰** bis **36⁰⁰**

Neue Frühjahrs-Paletots und Mäntel

aus melierten Stoffen und blau Cheviot . . . . . **7⁵⁰ 9⁷⁵ 12⁰⁰ 15⁰⁰** bis **85⁰⁰**

aus Rips, Tuch, Voile und Seide . . . . . **6⁵⁰ 21⁰⁰ 26⁵⁰ 30⁰⁰** bis **250⁰⁰**

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme, von 20 Mk. an franko. — Umtausch gern gestattet.

Gebr. Hirschfeld

Lübeck Breite Straße 39-41

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12 Große Pöste. Tilsiter Fettkäse a 20—30 Pfg. Detail-Verkauf auf der Diele.

Butter

wird in allen Verwendungsarten am besten ersetzt durch

van den Bergh's

berühmte, beliebte und bewährte Margarinemarken:

Vitello Pfund 80 ₰

Cleverstolz „ 90 ₰

Unerreicht „ 100 ₰

(leicht gesalzen).

Original-Fabrik-Marken. Feinste Qualitäten.

Im eigenen Interesse der Käufer ist darauf zu achten, daß auf Verlangen auch wirklich obige Marken verabreicht werden.

Suche **Wäsche** zum Waschen und Plätten. **F. Brand,** Stockelsdorf, Ahrensböker Straße 13, part.

Für Brautleute! 2 engl. Bettstellen m. Sprungfedermatr., 1 Sofa, Divan Polster- u. Tapezierarbeit, alles reell. **C. Becker, Langer Lohberg 26, I.**

Zu meinem am heutigen Tage stattfindenden

Eisbein-Essen

von morgens 10 Uhr an, lade ich alle Freunde und Gönner freundlichst ein. Ergebenst

Heinr. Pape

Restaurant zum Brelingskrug.

Verband der Dachdecker.

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 22. März

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Gesellenausschußwahl.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, dem 21. März 1912

abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen P. Hoff: „Die neue Reichsversicherungsordnung.“
2. Abrechnung vom Gewerkschaftshaus.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
4. Wahl eines Kolporteurs.

Das Erscheinen aller Kameraden ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

Zentral-Hallen

Dankwartsgrube 20.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Achtung!

Saatarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 22. März

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung von Kandidaten zum Verbandstag.
2. Fortsetzung der Statutenberatung
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 21. März

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Wahl eines Delegierten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Kalnbergs

UNIVERSUM.

Treffpunkt aller fröhlichen Menschen!

20 Programmnummern.

Beginn abends 8 Uhr.
Ende 12 Uhr. Entree 20 Pfg.

Hansa-Theater.

Dir.: R. Gollbach.

Tel. 610. Tel. 610.

Ab Sonnabend, den 16. März, täglich abends 8½ Uhr:

Erstklassige Spezialitäten.

u. a.:

Jongleure, Dresseure, Akrobaten, Hexenmeister, Balletts, Soubrette.

Sonntag, den 17., 24. und 31. d. M.: Große Fremden- und Familien-Vorstellung bei kleinen Preisen. Auftreten sämtl. Künstler.

Vorverkauf bei Sager, Kohlm., und Niemeyer, Breite Straße.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 21. März. 7 Uhr.
Voll-Ab. 157. Donnerst.-Ab. 27.

Gewöhnliche Opernpreise.

Gastspiel des Kgl. Kammersängers

Alois Pennarini

vom Hamburger Stadttheater.

Siegfried.

Musikdrama von R. Wagner.

Ende 10¾ Uhr.

Die auswärtigen Theaterbesucher können die von Lübeck abgehenden Nachtzüge noch bequem erreichen.

Freitag, 22. März. Abds. 8 Uhr.
Voll-Ab. 158. Freitags-Ab. 26

Zum letzten Male!

Die Rheinnixe.

Lustspiel von Stobitzer.

Stadthallentheater.

Freitag, 22. März. 8 Uhr.

Der Maskenball.

Große Oper von G. Verdi.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 68. Mittwoch, den 20. März 1912. 19. Jahrg.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier aufgehoben.

So wären also die mutigen Bergarbeiter noch einmal niedergerungen! Ihrer Widersacher waren zu viele. Das großmächtige Grubenkapital nimmt keine Rücksicht auf die um ihr Recht kämpfenden Bergarbeiter. Nur der starre Despotenstandpunkt, dem selbst die Staatsmänner sich beugen müssen. Wehe dem Minister, der ernsthaft den Versuch gemacht hätte, sich vermittelnd zwischen den Parteien einzumischen. Der Handelsminister Möller hat seinen Frevel im Jahre 1905 mit seinem Sturz büßen müssen. Bis zum letzten Augenblick haben auch diesmal die Grubengewaltigen ihren Herrenstandpunkt gewahrt. Noch auf die verminderten Forderungen ließen sie erklären, daß allgemeine Lohnerhöhungen mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse der einzelnen Reviere unmöglich seien, daß Überschichten bei steigender Konjunktur nicht entbehrlich seien, und daß sie die gesetzlich den Unternehmern zur Last fallenden erhöhten Anforderungen der Reichsversicherungsordnung nicht tragen könnten.

Neben diesem mächtigen Gegner stand die Treulosigkeit der Christlichen. Ihre früheren Zusicherungen, sich in die Reihen der Kämpfenden zu stellen, hielten sie nicht. Nach leeren Ausflüchten kam der offene Verrat. Dazu der mächtige wirtschaftliche Druck der Grubenherren: Die Androhung der Strafschichten, die Kündigung der Werkswohnungen. Nur wer die große wirtschaftliche Abhängigkeit kennt, in die die Bergherren die Bergarbeiter zu zwingen wußten, kann ermessen, von wie großem Einfluß das auf die Lohnbewegung sein mußte.

Die drei vereinigten Bergarbeiterverbände übersahen diese Schwierigkeiten nicht. Doch zu oft schon mußten sie die Bergarbeiter zur Zurückhaltung mahnen, da der Kampf zu wenig Chancen versprach. So erst bei Einführung des Zwangsarbeitsnachweises. Damals schon stieg der Groll bei den Bergarbeitern hoch, doch den Verbandsleitungen gelang es noch einmal, den Kampf zu ungünstiger Zeit nicht ausbrechen zu lassen.

Jetzt erschien die Situation günstig. Die Konjunktur war äußerst gut. Die Unzufriedenheit der Bergarbeiter hatte durch all die jahrelangen Schikanen den Höhepunkt erreicht. Die Bergleute drängten energisch zum Kampf. In allen anderen Industrien hatten sich die Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen erkämpft. Nur der Bergmann mußte die Lebensmittelteuerung ohne Lohnerhöhung ertragen. Seit Jahren konnte die Organisation durch ersichtliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Bergarbeitern nicht nützen. Hätte in dieser Situation die Verbandsleitung wiederum eine zuwartende Stellung eingenommen, die Mitglieder wären über die Verbandsleitung hinweg zum offenen Kampfe geschritten. Es hätte viele wilde, völlig undisziplinierte Streiks gegegeben, deren Aussichtslosigkeit von vornherein feststehen mußte.

Am Montag früh voriger Woche setzte der Streik nicht allzu stark ein. Aber schon die Mittags- und die Abendschicht zeigte große Beteiligungsziffern. Und am Dienstag war die Zahl der Streikenden eine so hohe, daß der Erfolg des Streiks verbürgt erschien.

Doch die Machinationen der Gegner verfehlten ihre Wirkung nicht. Am Montag und Dienstag in dieser Woche sank die Zahl der Streikenden sehr rapide. Nur 150 000 Streikende wurden am Dienstag noch gezählt. Etwa nur 45 Prozent der Belegschaften. Eine Fortführung des Streiks unter solchen Umständen mußte den Erfolg in Zweifel ziehen. So sahen sich die Verbandsleitungen der drei Verbände gezwungen, den Stand des Streiks einer Vertrauensmännerkonferenz zu unterbreiten.

In dieser Vertrauensmännerkonferenz der drei Verbände, die Dienstag in Bochum stattfand und die von 600 Delegierten besucht war, wurde mit 215 gegen 349 Stimmen der Streikabbruch beschlossen, da eine Zweidrittelmajorität für die Fortsetzung des Streiks nicht erreicht wurde. Die Delegierten, die für die Fortsetzung des Kampfes eintraten, waren in der Minderzahl. Die für Aufhebung des Streiks sprachen, wiesen auf die Haltung der Polizei, auf die Haltung der bürgerlichen Presse, auf den Streikbruch der Christlichen und auf die Drohung der Bergherren hin, wodurch der Streik immer mehr abflauen mußte. Die Presse habe die Bergarbeiter verwirrt gemacht durch falsche Zahlen, falsche Gerüchte und durch Verleumdungen gemeinster Art. Besonders die Zentrumspresse und der Gewerkverein der christlichen Arbeiter hätten das Menschenmöglichste geleistet, um die Bergarbeiter den Grubenbesitzern auszuliefern. Die gleichen oder noch stärkeren Wirkungen hätten die Werksdrohungen gehabt. Es sei ungeheuerlich, wie auf diese Drohungen hin tausende von Bergarbeitern zu den Zechen laufen konnten. Wenn auch die größte Zahl der im Streik Befindlichen auf Wochen noch aushalten würde, so sei an einen rechten Erfolg wenig zu denken. Die streikenden Bergarbeiter geben den Streik auf, in dem Bewußtsein, heute schon zu wissen, in welcher Weise die Organisationen in Zukunft zu arbeiten hätten: Stärkere Organisationen, bessere Aufklärung der Bergarbeiter sei dringend notwendig. Trotz der Stärke der Bergarbeiterverbände habe die noch herrschende Zersplitterung unter den Bergarbeitern wesentlich zum Mißlingen des Streiks beigetragen.

Selbstverständlich war die Stimmung über den Abbruch des Streiks auf der Konferenz eine sehr geteilte. Man kann nicht sagen, daß die meisten Vertrauensleute nicht für Aufhebung des Ausstandes waren. Am allerwenigsten waren aber diejenigen für eine Aufhebung des Streiks, die aus stark bestreikten Revieren herbeikamen; das war deutlich am Abstimmungsresultat erkennbar. Wenn sie trotzdem zum Teil für Aufhebung des Streiks stimmten, dann deshalb, um den Streik nicht weiter abflauen zu lassen. Den Kampf habe man in allen Bezirken gemeinsam begonnen, man solle ihn jetzt auch gemeinsam aufheben.

Bemerkenswert ist, daß die Delegierten durchaus keine Niedergeschlagenheit zeigten. Sie erkannten klar und offenen Auges die Situation. Sie sprachen sich so aus und handelten so, wie es sich für organisierte Arbeiter gebührt. Mancher erklärte: Der Streik sei aufgeschoben, nicht aufgehoben!

Nach reichlicher Diskussion machte die Konferenz eine Pause. Die Unterhaltung an den Tischen wird sehr lebhaft geführt. Da ertönt die Glocke des Vorsitzenden. Lautlose Stille! Husemann gibt das Abstimmungsresultat bekannt, das mit großer Ruhe entgegengenommen wird. Nach Husemann spricht Hue, der folgende Resolution unterbreitet:

„Die heutige Revierkonferenz der drei Bergarbeiterverbände protestiert mit Entrüstung gegen die Überschwemmung des Streikgebiets mit Polizisten, Gendarmen und Militär und gegen die im Anschluß an diese ungerechtfertigte Maßregel vielfach eingetretene Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der streikenden Bergleute durch Vertreibung und Verhaftung der gesetzlich gestatteten Streikposten, durch Aufhebung von Streikbureaus, durch Versammlungsverbote, unbegründete Versammlungsauflösungen, durch das Verhindern der Verbreitung aufklärender und beruhigender Druckschriften an die Streikenden und an die übrige Bevölkerung, durch Bedrängung und Einschüchterung der Streikenden und der übrigen Bevölkerung durch außerordentlich rücksichtslos vorgehende Polizeimannschaften, durch die die aus rein wirtschaftlichen Gründen unternommene Lohnbewegung der Bergleute in unerhörter Weise niedergedrückt worden sei. Von der arbeiterfeindlichen Presse wurde mit Erfolg alles daransgesetzt, um durch sensationellste Aufbauschung auch der kleinsten Zwischenfälle, sogar durch freie Erfindung von Nachrichten über vorgekommene Unruhen die öffentliche Meinung gegen die Streikenden aufzuhetzen. Die aus der Luft gegriffenen Nachrichten der für die Arbeiter ungünstigen Ziffern über die Streikbeteiligten kann die über ein großes Gebiet verteilte Masse der Streikenden irreführen und nach und nach so auseinanderreißen, daß es nicht mehr möglich ist, den Kampf mit Aussicht auf Erfolg weiterzuführen. Die Konferenz hat deshalb beschlossen, den Streik sofort aufzuheben und fordert die Kameraden auf, diesem Beschluß zu folgen. Die Konferenz erklärt, daß nur die rigorosen Maßregeln gegen die staatsbürgerlichen Rechte und die systematische Irreführung und Verhetzung der öffentlichen Meinung durch die arbeiterfeindliche Presse es vermocht haben, den Kämpfenden ihren Erfolg aus der Hand zu schlagen. Hierzu hat die wüste Streikbruchhetze der Führer des sogenannten christlichen Gewerkvereins, die sich als größere Arbeiterschädlinge erwiesen haben, als die Gelben, um ein Bedeutendes beigetragen. Dieses skandalöse Gebahren hat die christlichen Streikbruchführer der Verachtung aller ehrlichen Arbeiter überwiesen. Die Konferenz fordert alle Bergarbeiter auf, durch Stärkung der an diesem Kampfe beteiligten Organisationen dazu beizutragen, daß wir möglichst bald wieder auf dem Kampfplatze erscheinen können."

Die Konferenz ging in völliger Ruhe und Einigkeit auseinander. Von den streikenden Bergarbeitern ist zu hoffen, daß sie einmütig, wie sie die Arbeit niedergelegt haben, nun auch die Arbeit wieder aufnehmen. Manche Niederlage haben die Gewerkschaften ertragen müssen, ohne deshalb den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingen auch nur zurückstellen zu müssen. Der Sieg der Gewerkschaften führt über schwere Hindernisse. Manche stolze Feste des Kapitalismus fiel nach wiederholtem starken Ansturm der organisierten Arbeiter. Auch für die Bergarbeiter wird die Zeit kommen, wo die Zwingburg der Bergherren fallen wird. Stärkung der Organisation, Geschlossenheit und Einigkeit im Handeln sind die nächsten Aufgaben, um dieses Ziel erreichen zu können.

* * *

Der Wilddieb.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(12. Fortsetzung.)

„Halt ein! halt ein auf dem Weg zur Sünde!" fuhr der begeisterte Redner in seiner Mahnung fort, — „halt, da es noch Zeit ist, da die Posaune des letzten Gerichts noch nicht in Dein Ohr dröhnt! Tut Buße, Ihr alle, daß der Tod nicht unerwartet an Eure Tür klopfe und die Pforten des Himmels Euch verschlossen bleiben für ewige — ewige Zeiten!"

Weiter schmetterte die Rede — aber der Mann am Boden hörte und verstand nichts mehr. Vor seinem Ohr klang und dröhnte es und trieb ihm das Blut in wilden Schlägen durch die heißen, pochenden Adern, bis einer der Nachbarn seine Schulter berührte und ihn langsam und vorsichtig vom Boden aufhob.

Die Grabrede war vorüber — der Sarg in die Gruft gesenkt und die Männer sprachen ein leises Gebet der Geschiedenen nach. Jetzt rollte die schwere Erde nieder, Schaufel nach Schaufel folgte und während die Totengräber ihr trauriges Amt vollendeten, wandte sich der Zug langsam nach dem Hause zurück.

Zuerst bereiteten freilich noch die Frauen ein einfaches Mahl für die Gäste, an dem der Hausherr aber keinen Anteil nahm. Dann holten die Trauergäste ihre Pferde und ritten davon — die Männer und die Frauen — einer nach ritten davon — die Männer und die Frauen — einer nach dem andern, und immer stiller, immer öder wurde es in dem Hause. Nur eine alte Wirtschafterin blieb zurück, die wieder etwas Ordnung stiftete und heimlich in der Küche von dem übriggebliebenen Wein trank, und unten im Zimmer saß der Mann, hatte das kleine Mädchen auf seinem Knie und starrte still und schweigend vor sich nieder.

So saß er viele Stunden — das Kind war müde geworden, es entschlief in seinem Arm — er wußte es nicht. Eintönig pickte die Uhr an der Wand ihre monotonen Schläge — er hörte sie nicht. Die Alte kam herein — einmal, zweimal, dreimal, und immer saß der Witwer noch, wie er vorher gesessen, das Kind im Arme. Sie wagte nicht, ihn zu stören.

Drüben, über dem niedern langen Waldstreifen, der das andere Ufer des Mississippi begrenzte, sank die Sonne. Es wurde Nacht draußen; der Whip-poor-will schlug im Busch sein monotones Lied und lange Züge von Wildenten strichen schwirrend über die düstere Wasserfläche dahin. Es schlug neun und zehn auf der alten Uhr und noch immer hielt der Unglückliche das schlafende Kind in den Armen und blickte stier in die ihn umlagernde Dunkelheit, bis die alte Haushälterin endlich so müde wurde, daß sie selber die Augen nicht mehr offen halten konnte.

Da trat sie leise hinein in das Zimmer, sie hatte die Schuhe ausgezogen, um kein Geräusch zu machen, denn sie glaubte, der Herr schliefe ebenfalls, und nahm das müde Kind aus seinen Armen. Er schaute sie dabei an, aber rührte sich nicht, bis sie sich eben so geräuschlos mit der Kleinen entfernen wollte, sie zu Bett bringen.

„Wie viel Uhr ist's, Dorothea?"

„Herr, Du meine Güte, wie Sie mich erschreckt haben!" rief die Alte zusammenfahrend und setzte dann ruhiger hinzu: „Zehn Uhr ists vorbei, Master — es geht stark auf elf. Die Leute sind schon seit ein paar Stunden im Bett. Das arme Kind hat hier nur zu lange in seinem dünnen Kleidchen gelegen und beide Eckfenster offen dabei. Das Köpfchen brennt ihm wie eine glühende Kohle — wenn's ihm nur um Gotteswillen nichts geschadet hat."

„Bringt das Mädchen zu Bett, Dorothea," erwiderte der Mann und winkte ihr mit der Hand, daß sie hinausgehen solle. Er selber stand auf, schloß die Fenster und sank wieder in seinen Stuhl zurück.

Der nächste Morgen fand ihn mit Tagesanbruch auf und im Wald draußen; als er aber zurückkehrte, kam ihm schon Dorothea mit ängstlichem Gesichte entgegen und meldete ihm, daß die Kleine erkrankt sei. Sie liege im Fieber.

In derselben Stunde noch sprengte einer der Knechte mit verhängtem Zügel der nächsten Stadt zu, um einen Arzt herbeizuholen. Der Arzt traf ein, aber des Kindes Zustand verschlimmerte sich von Tag zu Tag, und acht Wochen später kamen die Nachbarn wieder zusammen, wie damals, nur daß sie diesmal einem Kindersarg zum Kirchhof folgten. Der Vater selbst fehlte im Zug. Er lag krank zu Bett. Als er sich nach Wochen daraus erhob, war er nicht wieder zu erkennen, so elend und ineinandergebrochen sah er aus.

Die Nachbarn hatten anfangs gerechtes Mitleiden mit dem Mann, der in einem Jahr seine Kinder und seine Frau verloren. Sie suchten ihn aufzuheitern, aber er wich ihnen aus, und an dem zähen Widerstand, den er ihren freundlichen Bemühungen leistete, scheiterte zuletzt ihr Langmut. Sie ließen ihn seinen eigenen Weg gehen, da er es denn einmal nicht anders haben wollte. Hätten sie gewußt, wie einsam er sich fühlte und wie es in seinem Herzen arbeitete und nagte! — aber keiner Seele hatte sich der Unglückselige je vertraut, selbst nicht seiner Frau, die mit treuer Liebe an ihm gehangen. Allein war er seine dunkle Bahn durchs Leben gegangen, allein hatte er bisher ertragen, was endlich unerträglich wurde: die nie rastenden Folterqualen eines blutbefleckten Gewissens. Es war eine Riesenlast. Am Grabe der Frau hatte sie ihn zum erstenmal zu Boden gedrückt und nachdem er seitdem auch noch sein Kind — das letzte — verloren, war die Spannkraft seines Wesens unwiederbringlich dahin und der Schuldbeladene müde, todmüde geworden.

Sein Leben war gleichsam nur noch ein mechanisches, ein Leben aus Gewohnheit. — So kam der Winter heran, aber mit ihm keine Ruhe für den Gequälten. Ja, je kürzer und trüber die Tage wurden, desto ängstlicher wurde er noch, desto schweigsamer und starrer saß er zu Haus; den Schlaf schien er zu fliehen, der Nahrung kaum noch zu bedürfen. — Die alte Haushälterin begriff nicht, wie nur sein Körper solchen Mißhandlungen auf die Länge der Zeit noch widerstehen könne. Hätte sie geahnt, was seinen Geist zermartete, sie würde es noch viel weniger begriffen haben.

Als aber der Frühling wieder in's Land kam, konnte er die Qual nicht länger aushalten, die an seinem Herzen fraß. Dennoch schien plötzlich eine segensreiche Veränderung mit ihm vorgegangen zu sein. Der Mann wirtschaftete wieder wie vorher auf seinem Gut herum, erkundigte sich nach dem und jenem, um das er sich schon seit langer Zeit nicht mehr bekümmert hatte, und unterhielt sich sogar mit der alten Dorothea.

„Gott sei ewig gedankt, mein lieber Herr," rief diese mit gefalteten Händen, indem sie vor ihm stehen blieb und ihn mit ihren freundlichen, klaren Augen betrachtete, „daß Sie sich endlich einmal zusammengerafft haben und wieder Sie selbst geworden sind. Sie hat lange gedauert, diese verzweiflungsvolle Trauerzeit. Jetzt aber wird hoffentlich alles wieder gut werden."

„Ja, Dorothea," sagte der Mann mit leiser, tonloser Stimme — „das hoffe ich auch — es muß jedenfalls anders werden."

„Es muß anders werden!" wiederholte er, als er bald darauf allein, wie er pflegte, im Walde wandelte. „Leben? — was liegt mir am Leben! Ich will nicht länger leben, aber ich darf noch nicht sterben. Erst muß ich sühnen, was ich getan — erst muß ich büßen. Dann erst kann der gerechte Gott sein Erbarmen mit mir haben, dann erst werden die Stimmen, die furchtbaren, in meinem Busen wider mich schreienden Stimmen verstummen. Ich will sterben, aber erst muß ich mein Gewissen zum Schweigen gebracht haben, daß

In den übrigen Revieren geht der Streik resp. die Lohnbewegung weiter. In **Oberschlesien** sind am Montag früh die Belegschaften der Gruben „Trautscholdsegen", „Charlotte" und „Königin Luise" ausständig geworden. Der Streik hat sich Dienstag früh so ausgedehnt, daß 90 Proz. der Belegschaften streiken.

Die Lohnbewegung im **Waldenburger** Bergrevier hat Formen angenommen, sodaß der Streik sich kaum vermeiden lassen wird. Die beiden Organisationen, Bergarbeiter-Verband und Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, sind von den Grubenverwaltungen nicht als berechtigt zur Stellung von Forderungen und zum Verhandeln anerkannt worden. Statt dessen haben die Verwaltungen den Organisationsleitungen mitgeteilt, daß sie über Lohnfragen mit den Arbeiterausschüssen im Laufe dieser Woche verhandeln wollen. Mit diesen Antworten beschäftigten sich, wie wir schon meldeten, am Sonntag 15 überaus stark besuchte Belegschaftsversammlungen im Waldenburger Revier. In den Versammlungen, die von insgesamt 10—11 000 Menschen besucht waren, konnten ebensoviel keinen Platz finden. In diesen Belegschaftsversammlungen ging es teilweise sehr stürmisch zu. Die Knappen erblickten in den Ausschußverhandlungen einen neuen Verschleppungsversuch der Direktionen und verlangten die sofortige Streikerklärung. Schließlich einigte man sich aber überall dahin, die Ausschußberatungen für Dienstag zu fordern und dann, falls diese ergebnislos bleiben, den Streik zu erklären. Die Stimmung ist entschlossen, wie man sie hier selten vorfindet.

Die Behörden haben jedenfalls schon für Sonntag oder Montag mit der Streikproklamierung gerechnet, denn im ganzen Kreis wimmelte es von Gendarmerie, und in Schweidnitz liegt ein Infanterie-Regiment in Bereitschaft.

Im Zwickauer Revier ist die Situation unverändert günstig. Die Zahl der Streikenden hat sich Dienstag wieder vermehrt. Polizeimannschaften sind zwar in größerer Menge aufgeboten, sie verhalten sich aber durchaus ruhig. Es kam bisher zu keinerlei Störungen.

Die Amtshauptmannschaft Zwickau hat einen Anschlag in der Stadt und in den umliegenden Dörfern ausgehängt, in dem sie auf § 153 der Gewerbeordnung und die Bestimmungen des Strafgesetzbuches zur Wahrung der öffentlichen Ordnung hinweist und sagt, daß die Streikenden alles unterlassen sollen, was geeignet wäre, den Widerstand der bewaffneten Macht zu reizen. — Die Streikenden selbst haben einen umfassenden Sicherheitsdienst organisiert, der sich sehr gut bewährt.

Die Beteiligung am Streik in den einzelnen Gruben ergibt sich aus folgenden Mitteilungen:

Auf dem 1. Wilhelmsschacht	streiken von	1100 Mann	780.
„ „ 2. „	„	800 „	600.
„ „ 3. „	„	170 „	130.
Morgenstern 3	„	500 „	340.

Auf den Vereinsglückswerken ist der Streik vollständig, im Auroraschacht sind von 120 Mann nur 4 angefahren, im Glückaufschacht nur 20. Auf dem Arnimschacht, der bisher nicht vom Streik berührt war, ist die Belegschaft Dienstag nur zum Teil angefahren und man erwartet für Donnerstag den allgemeinen Ausstand.

Auf der Königin-Marien-Hütte, einem großen Eisenwerk im Zwickauer Revier, muß wahrscheinlich Mittwoch mittag das Walzwerk wegen Kohlenmangels den Betrieb einstellen. Ebenso ist das Martinwerk und selbst die Eisengießerei so schwach mit Kohlen versorgt, daß der Betrieb gefährdet erscheint. Bei der Mehrzahl der Schächte wird bereits keine Kohle mehr abgegeben. Insbesondere mangelt es überall an Hausbrandkohle.

In **Lugau** im Oelsnitzer Bezirk haben Dienstag früh beim Schichtwechsel abermals große Scharen von Bergleuten ihre Abmeldung gegeben. Die Streikbeteiligung wird auf 70 Prozent angegeben, das sind von 10 400 Arbeitern etwa 7000. Zwei Werke haben vollkommen geschlossen und haben den Rest ihrer Belegschaft an andere Gruben abgegeben. In Zwickau streiken von 13 000 Bergarbeitern nahezu 8000. Auf Kestners Schacht sind beim Abendschichtwechsel nur 6 Arbeiter angefahren. Auf den Vereinsglückswerken, die eine Belegschaft von 900 Mann zählen, sind Dienstag abend nur 30 angefahren; auf Gottesschacht sind nur 40 Streikbrecher vorhanden. Auf dem Vertrauensschacht, der bisher in drei Schichten arbeitete, wurden nur zwei Schichtwechsel gefahren.

Die öffentliche Meinung ist auf Seiten der Bergarbeiter. Die bürgerliche Presse erkennt rückhaltlos an, daß die Kampfführung der Bergleute durchaus von Ruhe und Besonnenheit getragen sei. Auch von öffentlichen Personen, selbst von Geistlichen und Gendarmen wurde das ausgesprochen und zugleich bemerkt, es sei ein großes Unrecht, daß die Grubenbesitzer den Bergleuten die Lohnerhöhung verweigern, da doch feststehe, daß die Lohnerhöhung allein, wenn die Bergherren nicht einen Extraprofit herauszuschlagen beabsichtigen, den Preis der Kohle um nicht ganz 30 Pfg. pro Tonne steigern würde.

Die Grubenbesitzer bestreiten in Eingesandts in bürgerlichen Blättern die Richtigkeit der vom Ministerialdirektor Wahle im Landtag gegebenen Darlegung, daß die Bergarbeiterlöhne seit 1907 bis 1910 ununterbrochen gefallen seien. Ein Werk hat der Belegschaft bekanntgegeben, daß allerdings bis zum Jahre 1910 der Lohnrückgang pro Arbeiter und Jahr 46 Mk. betragen habe, daß aber allein im Jahre 1911 der Lohn um 51 Mk. gestiegen sei. Die Bergarbeiter erklären, davon nichts gemerkt zu haben.

---

ich nicht mit dem Ankläger auch noch vor die Schranken des Ewigen trete."

Zum erstenmal seit vielen, langen Monden bestieg er am nächsten Morgen wieder ein Pferd und ritt in die Stadt, um sein Gut zum Verkauf anzubieten. Acht Tage später war auch schon der Handel darüber abgeschlossen und die Farm gehörte einem andern Herrn. Nachdem der bisherige Eigentümer das Los der alten Dorothea auch nach dieser Veräußerung sichergestellt hatte, ging er an Bord eines der zahlreichen Dampfboote, von denen der Mississippi durchfurcht wird.

Das Schiff schwenkte, vom Ufer sich drehend, in die Strömung des mächtigen Flusses hinein. Der Farmer aber stand vorn am Bug des Fahrzeugs, das Gesicht bleich, den Mund geschlossen, das Auge stier und mit trotziger Entschlossenheit an der Ferne haftend. Leise, wie eine Beschwörungsformel für das ängstlich pochende Herz, murmelten die Lippen dazu:

„Nach Haus! — nach Haus!"

X.

Nach Haus! Gibt es ein süßeres, lieberes Wort für den armen müden Wanderer, der sich jahrelang draußen herumgetrieben in der fremden kalten Welt und nun der Heimat Bild auf einmal wieder liebend, lockend sich entgegenwinken sieht? — Nach Haus! Durch alle Fibern und Nerven bebt es ihm und füllt sein Herz mit seligem, jauchzendem Entzücken — nach Haus!

Vor ihm liegen wieder, von dem gedächtnistreuen Geist mit Zauberschnelle heraufbeschworen, die fröhlichen Bilder seiner Jugendzeit — liegt das stille Vaterhaus, der kleine Garten, die alte schattige Linde vor der Tür; der Brunnen mit dem moosbedeckten Eimer, der im Sommer den kühlen Labetrunk so oft herausgeholt; die kleine Kirche mit dem spitzen Turm und mit dem stillen Friedhof dicht daran; das weite Land mit all den lieben, so oft besuchten Hügeln und Tälern, und treue Freunde breiten sehnend dabei die Arme aus, den Heimgekehrten jubelnd zu empfangen.

Aber füllten solche Bilder die Brust des Mannes, der dort, zusammengebrochen, tot gegen alles, was ihn umgab, am Bord des guten Schiffes saß, wenn es ihn auch mit noch so straff geblähten Segeln, lustig durch die Wogen schäumend, der Heimat entgegentrug?

(Fortsetzung folgt.)

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 19. März 1912.

Der Wortführer Dr. **Görtz** eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 15 Min.

Auf der Tagesordnung steht die

Beratung des Staatshaushalts für 1912.

(2. Tag.)

Es wird in die Spezialberatung eingetreten. Das Wort ergreift beim Titel

Domänen

Dr. **Schlomer**: Unser Wunsch, die Jahresberichte den Bürgerschaftsmitgliedern gebunden zuzustellen, hat die Behörde erfüllt. Wir bedauern nur die späte Zustellung. Der Etat soll die Grundlage zur Kritik der gesamten Verwaltungsbehörden abgeben. Das kann nur geschehen, wenn der Bericht mindestens vier Wochen vorher erscheint.

Senator Dr. **Fehling** sagt Berücksichtigung zu.

Grünau bedauert die Umgestaltung der Jagdverhältnisse auf dem Priwall in Travemünde. Bisher sei sie dort frei gewesen, es wäre nur zu wünschen, daß es beim alten bliebe.

Senator **Rabes** Antwort ist unverständlich.

Grünau glaubt nicht an unliebsame Verhältnisse, wenn der bisherige Zustand beibehalten wird.

Henck (Bültwisch) unterstützt Grünaus Wunsch. Die wilden Kaninchen könnten sonst auf der Rennbahn leicht großen Schaden anrichten.

Senator **Rabe**: Wäre das eben Gesagte der Fall, müßte dort längst das letzte Kaninchen verschwunden sein.

Badeanstalten.

Grünau bemängelt die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben Travemündes. Er wünscht eine übersichtlichere Aufstellung; daraus würde man auch ersehen, daß Travemünde nicht nur Kosten verursacht, sondern eine ansehnliche Einnahme bringt.

Dr. **Ziehl** glaubt, daß Travemünde uns viel Geld kostet; eine andere Zusammenstellung wäre nicht ratsam. Uns interessierten vor allem die Einnahmen der Badeanstalt. Das Finanzdepartement sollte einmal auch hier Selbstkritik üben und dahin wirken, daß die Mehrausgaben beim Seebad Travemünde verschwinden.

Senator **Rabe**: Eine Besserung läßt sich nur durch Mehreinnahmen erreichen, nicht durch Verminderung der Ausgaben.

Grünau: Es sind Neuanschaffungen als laufende Ausgaben gebucht, das ist doch nicht angängig. Durch eine andere Verrechnung der hier gekauften Badekarten würde sich ein Plus für Travemünde ergeben.

Aug. **Pape** wünscht die Badeanstalt in St. Lorenz so ausgebaut, daß Herren und Damen zu gleicher Zeit baden können.

Senator **Rabe** (zum größten Teil unverständlich) glaubt nicht, daß Mehraufwendungen dort angebracht wären.

Aug. **Pape**: Der Fehler liegt eben in der unterschiedlich eingeteilten Badezeit.

Ehlers pflichtet Pape bei. Ich habe diese Angelegenheit schon bei der vorjährigen Etatsberatung angeschnitten. Weil St. Lorenz mit Badegelegenheit so schlecht versehen ist, muß etwas Besseres geschaffen werden. Daß Männer und Frauen zu gleicher Zeit baden können, ist unbedingt notwendig. Da wir einmal bei den Badeanstalten sind, will ich einen Wunsch vom vorigen Jahre wiederholen: er betrifft die Benutzung der Kabinen in den Freibadeanstalten. Jetzt muß dafür 10 Pfg. bezahlt werden, und dadurch wird das Baden in den Freibadeanstalten teurer als in den andern. Im Krähenteich kostet Mann und Frau das ganze Jahr 9 Mk., in der Falkenwiesebadeanstalt bei Benutzung einer Kabine aber 12 Mk. Das ist ja geradezu ungeheuerlich, wenn Freibadeanstalten teurer sind als Geldbadeanstalten. Freibadeanstalten müssen solche im vollsten Sinn des Wortes sein. Senator Rabes Ausführungen gegen meine Beschwerde war nicht stichhaltig. Wenn Erwachsene die Zelle zu lange in Anspruch nehmen, muß eben eine schärfere Aufsicht Abhilfe schaffen. Ich stelle deshalb die Anfrage, ob dieser Zustand aufgehoben werden soll oder nicht.

Senator Dr. **Neumann**: Es sind Verhandlungen seitens des Polizeiamtes und des Finanzdepartements dieserhalb im Gange. Ich glaube wohl, daß eine Ermäßigung eintritt und Monatskarten eingeführt werden. Eine völlige Freilassung würde zu ungunsten der Geldbadeanstalten wirken.

Senator **Rabe**: Die bisherigen Badeanstalten decken noch lange nicht die Kosten. Eine Änderung ist nicht empfehlenswert.

Dr. **Wetzke** findet die den Schulkindern zum Baden freigestellte Zeit zu kurz und unterstützt die Anrege Papes. Die Badeanstalt werde an jenem Platze nicht mehr allzu lange belassen werden können. Das Travenwasser sei gut, sollte sichs bei der Badeanstalt aber verschlechtern, müsse die Anstalt sofort verlegt werden.

Senator **Rabe**: Die St.-Lorenz-Badeanstalt weist einen stets geringeren Besuch auf. Der Pachtbetrag mußte deshalb herabgesetzt werden.

Ehlers: Die Senatsantwort hat mich nicht befriedigt. Die Badeanstalt Falkenwiese ist bisher frei gewesen, eine Gebühr für Kabinenbenutzung wurde erst nachher eingeführt, nicht weil eine Abwanderung von den Geldbadeanstalten stattfand, sondern auf Klagen des Badewärters wegen zu langem Benutzen der Zellen seitens einzelner Personen. Die Kabinen auf der Frauenseite wurden aus ästhetischen Rücksichten geschaffen, weil zu gleicher Zeit auch Kinder dort baden. Wenn einzelne Damen aus dem Falkenwiesevierte dort baden, die nach ihren Vermögensverhältnissen bezahlen könnten, tun sie dies nur, weil ihnen diese Badeanstalt bequem liegt. Es baden doch auch viele Arbeiterfrauen in der Badeanstalt Falkenwiese, denen es nicht gleich ist, 10 oder 5 Pfg. bezahlen zu müssen. Der Senat sollte doch prüfen, ob hier nicht etwas fortschrittlicher vorgegangen werden kann.

Scharff führt frühere Badeverhältnisse an, aus denen von selbst der Wunsch nach Kabinen erwuchs. Um diese vor übervollem Andrang zu schützen, sei eine mäßige Gebühr am Platze.

Thiele unterstützt Ehlers Forderung. Wenn der Andrang zu groß wird, müssen die Späterkommenden eben warten. Bei den Badeanstalten darf aus Gesundheitsrücksichten nicht nach dem Vorteil geschaut werden.

Senator **Rabe** tritt dem entgegen, die Badeanstalten erforderten große Ausgaben, die zum Teil wieder eingebracht werden müßten.

Aug. **Pape**: Der Besuch in der Badeanstalt St. Lorenz ist wegen des gegenwärtigen Zustandes geringer.

Loose bedauert, daß Badeanstalten für geschlossene Familien fehlen. Vielleicht ließe sich in weniger frequentierten Anstalten ein Platz dazu herrichten.

Thiele: Mir sind Fälle bekannt, wo gegen das Mitnehmen von Kindern verschiedenen Geschlechts nichts eingewendet wurde.

Fähren.

Henk (Bültwisch) bringt Wünsche bei der Nädlershorstfähre vor. Utecht und Schattin könnten dadurch angegliedert werden, auch Mecklenburg würde herangezogen, nicht zum Schaden Lübecks. Auch die Travemünder Fährverbindungen erforderten eine Umgestaltung. Die jetzige Einrichtung der Bimmelglocke müßte endlich abgeschafft werden. Redner stellt den Antrag, an Stelle der Nädlershorstfähre eine Brücke zu setzen und die Travemünder Fähre mit Kraftbetrieb auszurüsten.

Senator Dr. **Fehling**: Wenn eine Brücke hergestellt werden soll, müssen sich vor allem die Landgemeinden einigen und sich an den Kosten beteiligen. Einen Zuzug aus Mecklenburg würde die Brücke kaum bringen.

Senator **Rabe**: Mecklenburg würde zu den Kosten rein gar nichts beitragen. Der Verkehr erfordert vorderhand keine Brücke. Die Kosten für den Travemünder Kraftfährbetrieb belaufen sich auf 17 000 Mk.

Senator Dr. **Neumann**: Die Schattiner wollen die Brücke, Utecht wünscht sie bei Rotenhusen, also eine Einigung ist nicht zu finden.

Niemann (Schlutup) glaubt, eine Regelung würde schon zu finden sein. Die Hauptsache sei, für beide Gemeinden eine bessere Verbindung. Redner stellt ein Ersuchen in dieser Sache.

Senator Dr. **Neumann** ersucht die Herren Redner, für ein geeignetes Projekt zu wirken und den Lokalpatriotismus im Interesse der Sache zu dämpfen.

Grünau tritt für Motorbetrieb bei der Travemünder Fähre ein. In diesem Winter hätten die Bauhandwerker die Fähre außerordentlich stark benutzt. An Stelle der Bimmelglocke sollte in die Wohnung des Wärters eine elektrische angebracht worden.

Senator **Rabe** verspricht Besserung der bisherigen Verhältnisse.

Prösch (Harmsdorf) glaubt, daß durch die heutige Verhandlung eine Einigung der beiden Gemeinden zustande kommen werde, weil nach der Senatsäußerung an eine Brücke bei Rotenhusen nicht zu denken sei. Diese würde nur den Hamburger Fremden, die nach Mecklenburg reisen, Vorteil bringen.

Henk (Bültwisch) ändert seinen Antrag. Er bezieht sich jetzt nur auf den Travemünder Fährbetrieb.

Dr. **Wittern** wünscht den Preis der Schlutuper Fähre nach dem Hochofenwerk auf 5 Pfg. ermäßigt. An Sonntagen werde dieser Preis jetzt schon von 9½ bis 12½ Uhr bezahlt, um den katholischen Kirchenbesuch zu fördern. Auch für Ausdehnung der Fährzeit tritt Redner ein.

Coleman sieht in dem bisher vom Senat Vorgeschlagenen eine große Verbesserung und ersucht Henk, seinen Antrag zurückzuziehen.

Bade (Schlutup) wäre für Fahrpreisermäßigung, wenn der Staat den Betrieb unterhielte, so komme der Mann nicht oder nur schwer auf seine Rechnung. Eine Ausdehnung des Fährbetriebes wünscht Redner nicht, weil die Benutzer dieses, die nachts nach Schlutup kommen, dort keine willkommenen Gäste sind. Der Sicherheit wegen ist Redner gegen eine Verlängerung der Fährzeit.

Henk (Bültwisch) zieht seinen Antrag zurück.

Fischerei- und Rohrgewinnung.

Dr. J. **Meyer** bringt Wünsche der Wakenitzanwohner vor und macht auf die Widersprüche in den behördlichen Berichten aufmerksam. Die Beschmutzung des Wassers durch hineingeschütteten Bauschutt sei groß, und werde begünstigt durch die Entfernung des Rohrs, das eigentlich ein Wasserreinigungsmittel bilde. Notwendig sei die Zuschüttung nicht.

Senator Dr. **Neumann**; Die Zuschüttung bis zur Moltkebrücke ist notwendig, sonst entsteht dort ein Sumpfloch. Auf der Marlier Seite ist eine Zuschüttung bis jetzt nicht geplant.

Grünau macht auf den schlechten Zustand des Wassers beim Hochofenwerk aufmerksam, das für die Schlutuper Fischer nachteilig sei. Das Wasser enthalte giftige Stoffe, was wohl daher rühre, weil die dortige Kläranlage nicht mehr in Ordnung sei. Das Polizeiamt müsse für Änderung sorgen, sonst würden die Fischer noch mehr geschädigt.

Senator Dr. **Neumann**: Die eingezogenen Gutachten waren einwandfrei; allerdings sind die Heringsschwärme, die beim Hochofenwerk vorbeizogen, betäubt worden, es muß also eine Veränderung eingetreten sein. Sollten die Abwässer des Hochofenwerks schuld sein, wird für Abänderung gesorgt.

Bade (Schlutup) bestätigt die Angaben Grünaus. Er glaubt, daß in die Kiemen der Fische Erzstaub gelangt ist. Die in die Trave kollernden Schlacken würden oft die Fischnetze beschädigen.

Niemann (Schlutup): Die Abwässer müssen die Schuld tragen, denn nur dort gehen die Fische ein.

Dr. **Wetzke** schiebt die Schuld nicht auf den Erzstaub, sondern auf den großen Schiffsverkehr. Die Schraubendampfer wühlten die Modde auf, die das Wachstum einzelner Fische hinderten.

Gutsherrliche Abgaben.

Maak (Vorrade) kommt auf die Kontribution zu sprechen, die denjenigen von der Steuer voll abgezogen wurden, die soviel Abgaben bezahlten, als die Kontribution ausmache. Die nicht so steuerkräftig sind, um einen ausgleichenden Betrag an Steuern zu zahlen, müssen den fehlenden Betrag ersetzen. Redner bittet um mehr Gerechtigkeit und stellt einen entsprechenden Antrag.

Senator Dr. **Fehling** weist auf den alten Vertrag hin, der diese Bestimmung enthalte.

Henk (Bültwisch) bemängelt eine auffallende Änderung in seinem Vertrage mit dem Johanniskloster. Das Wort „Eigentum“ sei auf einmal darin verschwunden.

Marcks Antrag wird abgelehnt.

Anteil an Reichssteuern.

Klein führt die neue Wehrvorlage an, die zum Teil durch Liebesgabenabschaffung bestritten werden soll. Er regt an, wenn dazu noch neue Steuern eingeführt werden sollten, die auf notwendige Lebensmittel und Verbrauchsartikel geschlagen würden, unsern Vertreter im Bundesrat anzuweisen, gegen diese Steuern zu stimmen.

Einkommensteuer.

Heise stellt den Antrag, den alten Kriegern mit einem Einkommen bis zu 1500 Mk. die Steuer zu erlassen.

Senator Rabe bittet, in dieser Beziehung vorsichtig zu sein.

Thiele tritt für den gestellten Antrag ein.

Heises Antrag wird angenommen.

Loose wünscht die Strafgelder bei zu später Steuerzahlung allgemein auf 2 Proz. ermäßigt, was jetzt schon bei der Grundsteuer der Fall sei.

Gewerbesteuer.

Dr. Ziehl fragt, ob die Lübeck-Büchener Bahn zu dieser Steuer herangezogen sei.

Senator Dr. Fehling: Die Sache liegt beim Schiedsgericht.

Badendererde freut sich über die gute Reklame für die Industrie, wünscht aber auch für die Privatleute ein Gleiches, um dem Gewerbestand zu nützen.

Dahms: Diese Anrege muß dem Fremdenverkehrsverein übermittelt werden, nicht der Behörde.

Schober fragt nach der Warenhaussteuer, die anläßlich der Gewerbesteuervorlage versprochen worden sei.

Senator Dr. Fehling: Die Warenhaussteuer ist nicht vergessen, doch ist eine Vorlage noch nicht in Bearbeitung.

Eisenbahnsteuer.

Grünau kritisiert den beschränkten Zufahrtsweg der Bahnhofsstraße in Travemünde. Dieses Gelände sei der Bahn überwiesen worden und zum Dank dafür verbiete jetzt die Eisenbahn das Betreten. Sogar den Briefträgern sei der Durchgang verboten worden. Die Behörde müsse hier eingreifen.

Senator Dr. Fehling betont, daß es sich hier um eine Privatstraße handle. Die Behörde werde jedoch darauf acht haben.

Schiffsabgaben und Gebühren.

Böbs weist auf die Einnahme der Herrenbrücke hin, die 20 000 Mk. einbringe.

Hundesteuer.

Scharff wünscht aus der Hundesteuer mehr herausgeholt; sie bringe jetzt 26 000 Mk. ein und könne um 6 bis 8000 Mk. vermehrt werden. Die Hundeplage in Lübeck sei groß geworden, in gesundheitlicher Beziehung seien die Hunde ziemlich gefährlich. Besser wäre, wenn die Hunde an der Leine geführt würde.

Löwigt bittet, der Anrege nicht zu folgen. Ich bin überzeugt, daß bei einer Steuererhöhung keine wesentliche Mehreinnahme erzielt wird, wie Kommerzienrat Scharff erwartet. In zehn Jahren wurde eine zweimalige Erhöhung durchgeführt. Wenn die Steuer jetzt auf 20 Mk. heraufgesetzt wird, ergibt sich nur das Resultat, daß die kleinen Leute, der Arbeiter- und Mittelstand, die Freude an Tieren haben, ihren Hund abschaffen müssen. Die Bessersituierten bringen die fünf Mark mehr natürlich leicht auf. Es kann nicht der Wunsch der Bürgerschaft sein, jenen den Hund, den treuen und anhänglichen Begleiter, zu rauben. Auch die sanitären Gründe des Herrn Kommerzienrats Scharff treffen nicht zu. Sie sind nicht so schlimm — ich spreche pro domo — daß eine Ansteckung zu befürchten wäre. Lassen Sie es beim jetzigen Zustand. Jedenfalls muß aber abgeändert werden, daß Offiziere ihre Hunde unentgeltlich halten dürfen; sie sollen nur die 30 Pfg. für die Hundemarke bezahlen müssen. Ist das wirklich der Fall, dann muß dafür eingetreten werden, daß sie die volle Steuer bezahlen.

Senator Dr. Fehling: Der Senat ist in eine Prüfung eingetreten, sie kann aber zu anderer Zeit besser beraten werden.

Aug. Pape glaubt, durch eine Verminderung der Hunde müßten die Polizeimannschaften vermehrt werden, denn die Einbrüche würden sich häufen. Im übrigen pflichtet Redner Löwigt bei.

Thiele sieht in den vielen Zeitungseingesandts über die Hundefrage lauter Hundefeinde; angebrachter wäre eine Katzensteuer.

Schober: Für einen Hund, der zur Bewachung usw. dient, sollte die Steuer ermäßigt werden.

Dr. Hartwig weist auf die große Hundevermehrung in Lübeck hin. 1905 seien hier 1753 Hunde gewesen, 1910 deren 1989. Im Verhältnis zur Bevölkerungsvermehrung hätten die Hunde mehr zugenommen. Die Hunde ruinierten viel und manche fielen die Menschen an. Andere heulten die ganze Nacht wenn sie ausgeschlossen würden — er selbst würde in ähnlichen Fällen zwar auch so handeln. Dem Übelstande abzuhelfen sei Pflicht der Hundebesitzer.

Gewerbliche Anlagen.

Ehlers: Als einziger Gastwirt in der Bürgerschaft kann ich nicht umhin, zu den ausführlichen Darlegungen des Senators Dr. Neumann meine Meinung zu sagen und von der anderen Seite zu beleuchten. Die Konzessionserteilung will ich nur kurz streifen, den vom Senator angegebenen Prozentsatz der Lübecker Gastwirtschaften nicht bezweifeln. Man muß aber in Betracht ziehen, daß der Unterschied von 1885, wo auf 167 Einwohner eine Gastwirtschaft kam, und 1911, das erst auf 316 Einwohner eine solche verzeichnet, sich die Position der Gastwirte nicht günstiger gestaltet hat. Der Flaschenbierhandel und die größeren Wirtschaftsräumlichkeiten gegen früher sprechen da ebenfalls mit. Senator Dr. Neumann hatte ferner erklärt, daß seit 1908 nur 12 Neukonzessionen erteilt worden seien, dagegen 93 Ablehnungen stattgefunden hätten. Die Gesuchsteller waren meistens Bauunternehmer, die gewiß nicht die Absicht hatten, sich auf Grund der Konzession einen Erwerb zu schaffen, sondern eine Grundstückswertsteigerung herbeizuführen. Der letzte Kommissionsbericht sagt ja auch, daß die meisten Wirtschaften zu teuer übernommen seien, um dabei existieren zu können. Durch diesen Mißstand werden eben vielfach die Geschäftsleute geschädigt. Das größte Gewicht lege ich auf eine Änderung in der Bezahlung der Gewerbesteuer für Gast- und Schankwirtschaften. Jetzt verhält sich die Sache so: Für Konzession muß 80 Mk. bezahlt werden, die Gewerbesteuer erfordert 60 Mk. und die Gebühren 5 Mk. Wird eine Wirtschaft im Laufe des Jahres übernommen, z. B. am 1. Dezember, muß für diesen einen Monat der ganze Betrag der Gewerbesteuer noch einmal bezahlt werden; so will es das Gesetz. Durch Entrichtung dieser Steuer wird aber die Konzession erst bis ½11 Uhr nachts erworben. Ein Offenhalten der Wirtschaft bis 1 Uhr kostet weitere 3 Mk. Gebühren, und bis 2 Uhr nachts erhöht sich dieser Betrag noch einmal um das Doppelte; dazu kommen die Gebühren für Klavierspielen und Musikautomaten. Es müßte doch so gehandhabt werden, daß mit dem einmaligen Bezahlen der Gebühr die Sache beglichen wäre, und nicht für jedes Drum und Dran besonders bezahlt werden muß. Die Gastwirte stehen sich nicht mehr so gut wie vor 25 Jahren, die Waren sind teurer geworden, der Preis für Getränke aber dieselben geblieben. Ich möchte ferner an den Senat in Sachen des Militärboykotts die Anfrage richten, ob er oder das Polizeiamt in dieser Frage mit der Militärbehörde in Verbindung steht. 26 Gastwirte werden von dem Boykott betroffen, viele davon völlig zu Unrecht, von meiner Person will ich ganz absehen, obgleich ich dadurch auch viele Gäste verloren habe. Nicht nur die Soldaten gehen als Gäste verloren, sondern auch die Besucher, Verwandte von Soldaten und so weiter. In einer Stadt wie Lübeck, deren Bevölkerung zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, ist eine reinliche Scheidung ganz unmöglich, der Soldat ist auch im Schifferhaus oder im Hotel Union nicht davor gefeit, mit einem Sozialdemokraten zusammenzutreffen. Meistens ist es doch so, daß man mit dem Soldaten nur Soldatenangelegenheiten bespricht; was anderes will er garnicht wissen. Wer ein Gewerbe ausübt und dem Staat dafür Abgaben bezahlt, der muß vom Staat gegen das Vorgehen der Militärbehörde geschützt werden. Von den betroffenen Wirten sind viele alles andere denn Sozialdemokraten, sogar Militär- und Kriegervereinsmitglieder sind darunter, die vom Boykott betroffen wurden. Eine Eingabe meiner Kollegen wurde mit kurzen Worten abgetan, genau so wie die Interpellationen im Reichstag seitens der Regierung. Das Vorgehen ist ein Unrecht und ich erwarte vom Senat, daß er die Lübecker Bürger vor dem Militärboykott energisch schützt.

Senator Dr. Neumann bestätigt den ersten Teil der Ausführungen des Vorredners, kann aber an dem Gesetz nichts ändern. Auf die Maßnahmen der Militärbehörde habe der Senat keinen Einfluß.

Badendererde: Es ist seit Jahresfrist Beschwerde über das Militärverbot geführt ohne Erfolg. Den Soldaten wird schon in der Kaserne ein entsprechender Zettel eingehändigt, auf dem ohne genaue Erkundigungen die Lokalverbote verzeichnet stehen.

Ehlers: Ich habe meine Wünsche in Anbetracht der bevorstehenden Revision des Gesetzes angeführt und frage den Senat, ob die Vorlage uns bald entgegengebracht wird. Die Gastwirte warten darauf, genau so wie die Interessenten für Gas und Elektrizität. Ich habe meine Ausführungen deshalb gemacht, weil ich annehme, daß der Senat bei der Gebührenfestsetzung diese in Betracht zieht und einer Ermäßigung beitritt. Der Senat erklärt, auf den Militärboykott keinen Einfluß zu haben, doch sollte er zum Schutze des Bürgertums und der Gewerbetreibenden einmal vorstellig werden. Wenn die Polizeibehörde die Liste nicht geliefert hat, muß man doch fragen, wie die Militärbehörde zu dieser unüberlegten und mangelhaften Liste kommt. Es wäre gut, dies in Erfahrung zu bringen.

Senator Dr. Neumann: Das Gesetz über die Gewerbesteuer der Gast- und Schankwirtschaften wird der Bürgerschaft in Bälde zugehen.

Polizeiamt.

Dr. Hartwig kritisiert die schlechte Musik der Stadtmusikanten, die allmonatlich in den Vorstädten spielen. Auch die Weihnachtsmusik sei nicht klangschön. Redner fragt, ob diese Musikanten nicht vorher auf ihr Können geprüft werden könnten.

Betriebsanstalten.

Jenne kommt auf die beabsichtigte Neugestaltung der Gas- und Elektrizitätspreise und die Stellung des Senats hierzu zu sprechen. In den Verhältnissen sei gegen früher eine Änderung eingetreten, die eine Verbilligung bedingten. Wünschenswert wäre, wenn die Bürgerschaft über diese Frage zuerst beraten würde, eine Einigung könnte da eher erzielt werden, als bei dem jetzigen Verfahren. Herr Direktor Haase widerspreche sich in seinen Berichten; einmal vertrete er eine rationelle Tarifpolitik und ein andermal werde darin gesagt, die Erfahrung sämtlicher Städte lehre, daß bei einer Verbilligung der Preise sich der Konsum bedeutend steigere. Durch die Ermäßigung der Tarife ergebe sich auch eine Verminderung der Ausgaben. Der Staat sei ja der beste Abnehmer der Verwaltungsbehörde für die städtischen Gemeindeanstalten, das Rathaus, die Schulen usw. benötigten doch ungeheure Ausgaben für Licht und Heizung. Dieser Punkt sei ganz vergessen worden, und doch sei in dieser Beziehung eine Ersparnis von 50 000 Mark zu erwarten. Redner stellt zu dieser Angelegenheit einen Antrag. Gewünscht wurde hier in der Bürgerschaft auch, daß die städtischen Angestellten ihren Koksbedarf direkt von den Werken beziehen sollten; statt dessen verkaufe die Stadt den Koks erst an die Firma Diestel, und die städtischen Anstalten beziehen ihn wieder von dieser. Dabei werde doch alles verteuert. Gespart werden könnte auch noch an anderen Stellen durch eine Vereinfachung der Geschäfte.

Senator Ewers hat seinen gestrigen Ausführungen nichts hinzuzusetzen. Der Senat sei von der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise überzeugt und werde die Vorlage beschleunigen. Der hiesige Koks tauge für die Zentralheizungen in den Schulen nicht, dazu müsse Zechenkoks verwandt werden. Die Revisionsbeamtenfrage werde in absehbarer Zeit ebenfalls geregelt, das heutige System sei ein Überbleibsel aus früherer Zeit und werde mit der beabsichtigten Zentralisierung beseitigt.

Senator Dr. Fehling streift in der bemängelten Jenneschen Beratungsangelegenheit die Verfassung, nach der allein sich der Senat zu richten habe. Er trage die Verantwortung und habe die Zuständigkeit.

Lau: Bei einem direkten Bezug von Koks aus unsern Anstalten würde man große Ersparnisse machen. Die Schulen brauchen für 69 100 Mk., das Irren- und Krankenhaus usw. für 60 000 Mk. und der sonstige Verbrauch beträgt 30 000 Mark. Das sind große Summen. Bei einem solchen Millionenprojekt, wie es dieser Koksverkaufsvertrag bilde, hätte zum mindesten eine Ausschreitung stattfinden müssen. Redner verliest ein Schreiben von Bernhöfft u. Wilde, in dem diese Firma bestreitet, vom Gaswerk zu einer Preisabgabe aufgefordert worden zu sein, wie der Senat behauptet habe. (Vielfaches Hört, hört!) Die Firma habe niemals abgelehnt, den alten Vertrag zu erneuern.

Senator Ewers meint, es müsse hier ein Mißverständnis vorliegen, und streicht dann den Vertrag mit der Firma Diestel heraus, die direkt neben der Gasfabrik ein Kokslager errichtet habe, wodurch für beide Teile ein großer Vorteil erwachsen sei. Mit der alten Firma habe man sich freundschaftlich auseinandergesetzt.

Aug. Pape: Leider kann an dem abgeschlossenen Vertrage nichts mehr geändert werden, aber möglich sollte doch sein, unsern Gaskoks so herzustellen, daß er in unsern Betrieben verwandt werden kann. In der Gas- und Elektrizitätsfrage zieht Redner seinen Antrag zugunsten des Jenneschen zurück. Zu bedauern sei das langsame Fortschreiten dieser Angelegenheit. Weiter will Pape, daß den Bürgerschaftsmitgliedern endlich mitgeteilt wird, welchen Preis wir an die Überlandzentrale für Elektrizität zu bezahlen haben. Hoffentlich werde die Bürgerschaft den einmütigen Beschluß der Kommission billigen.

Dr. Ziehl macht auf die ernsten Senatsgesichter aufmerksam, so oft diese Frage berührt werde. Den Kommissionsmitgliedern werde lebenslängliche Schweigepflicht auferlegt, anderwärts jedoch könne man den Preis erfahren, selbst vom Direktor der Überlandzentrale. Übrigens könne jeder aus dem Bericht herausrechnen, was Lübeck pro Kilowattstunde an die Überlandzentrale bezahle, genau 4⅓ Pfg.

Senator Ewers: Diese Rechnung stimmt nicht genau; es kommt der Verbrauch auch noch in Frage.

Bachmann bemängelt die Straßenbeleuchtung in den Vorstädten und den zeitweiligen niedrigen Druck des Gases, wodurch den Geschäftsleuten Schaden erwachse.

Scharff weist die verschiedenen Beschwerden an die Behörden, sie gehörten nicht zur Budgetberatung und nimme die Behörden gegen den mangelnden Koksverbrauch in den eigenen Anstalten und den Koksverkauf in Schutz.

Grünau bedauert, daß nicht davon die Rede sei, ob auch Travemünde an den ermäßigten Gas- und Elektrizitätspreisen teilnehme; aus der Eingemeindungsvorlage gehe das Gegenteil hervor. Alle andern umliegenden Ortschaften, die direkt vom Hochofenwerk beziehen, hätten bedeutende Ermäßigungen.

Senator Ewers: Das Travemünder Elektrizitätswerk arbeitet kolossal ungünstig, wir setzen bei dem Preis noch zu.

Dr Wittern: Allmählich werden wir, wenn die Verwaltungsbehörde so weiter verfährt, den Elektrizitätspreis, den wir an die Überlandzentrale bezahlen müssen, noch erfahren. Zu dem Vertrag mit Diestel möchte ich bemerken, daß künftig vom Senatstische vorsichtiger geantwortet wird. Die heutige Senatsantwort steht diametral zu derjenigen des Senators Dr. Lienau. Dieser hat klipp und klar erklärt, daß sich der bisherige Vertrag mit beiden Firmen durchaus bewährt hat, und daß mit beiden Firmen neu verhandelt wurde. Heute wird das Gegenteil erklärt. Jedenfalls dürften die behaupteten Tatsachen nicht zu einander in Widerspruch stehen.

Senator Ewers nimmt den Senator Dr. Lienau in Schutz und legt seinen Worten eine andere Bedeutung bei. Es scheine fast so, als wolle man sagen, eine kleinere Firma müsse gegen die große in Schutz genommen werden.

Jenne wünscht seinen Antrag nicht dem Bürgerausschuß, sondern der Bürgerschaft überwiesen.

Senator Dr. Fehling rät von diesem Verfahren wiederholt ab.

Dr. Ziehl hält den Vorschlag Jennes für unmöglich. Wenn die alte Vorlage an die Bürgerschaft gelangen würde, wäre absolut nichts erreicht, denn der Senat habe sich selbst gegen diese ausgesprochen.

In der Geschäftsordnungsdebatte bringt u. a.

Aug. Pape scharf zum Ausdruck, daß dem Senat in dieser Angelegenheit endlich einmal die Zähne gezeigt werden müßten.

Jenne zieht seinen Antrag zurück mit der Unterstreichung, daß er trotz Widerspruchs berechtigt wäre.

Aug. Pape stellt hierauf einen Antrag, der eine baldige Vorlage erwartet.

Dieser Antrag wird angenommen.

Gaswerke (Ausgaben).

Stelling: Mir wurde der Wunsch entgegengebracht, von dieser Stelle aus die Behörde zu ersuchen, die Löhne der Gasarbeiter zu erhöhen. Sie erhalten jetzt 4 Mk. pro Tag. In anderen Städten sind die Löhne höher als hier. Ich bitte diese Wünsche zu berücksichtigen und zu prüfen. Die Arbeiter haben eine äußerst schwere und gefahrvolle Tätigkeit.

Senator Ewers' Antwort ist nicht verständlich.

Der Wortführer schlägt vor, falls morgen das Budget nicht verabschiedet wird, am Freitag weiterzuberaten.

Elektrizitätswerk.

Stelling: Ich habe auch hier den Wunsch nach einer Lohnerhöhung für die Arbeiter und Angestellten, trotzdem der Senat erklärte, daß diese von Zeit zu Zeit eintrete. Bisher war die Zulage ungerecht, sie muß auch in regelmäßigen Zeiträumen erfolgen. Dem einen wird ein, dem andern werden zwei und vier Pfennig zugelegt. Die Verschiedenartigkeit der Zulagen für Arbeiter, die gleiche Arbeit zu verrichten haben, ist nicht am Platze. Auch die Löhne der gelernten Arbeiter sind äußerst schwankend, sie bewegen sich zwischen 42 und 52 Pfennig pro Stunde. In der Entlohnung beim Elektrizitätswerk stehen wir weit hinter Privatbetrieben zurück. Die Statistik beweist dies. Zum mindesten muß diese Frage in der Behörde geprüft werden.

Schlachthof.

Heik tritt für eine Heraufsetzung der Schlachthofgebühren ein.

Effinger: Zu den baulichen Einrichtungen will ich in Anbetracht der in Aussicht genommenen Vergrößerung des Schlachthofes keine Monitas vorbringen. Aber eine die Arbeiter betreffende Angelegenheit erfordert eine Änderung. Sie klagen vielfach, daß die Händler nach der Arbeitszeit kommen und Vieh geschlachtet haben wollen. Dadurch wird die Arbeitszeit unnötig verlängert und die Tierbeschau nicht vielleicht sorgfältig genug ausgeführt. Ein weiterer Übelstand ist, daß die in der Viehmarkthalle beschäftigten Arbeiter im Gegensatz zu denjenigen der Quarantäneanstalt keine Milch bekommen. Der angestellte Wärter nimmt alles für sich in Anspruch; dabei ist der Mann so schon gut gestellt, macht Schweine und Kälber fett und verkauft sie an die Händler. Es wäre doch gerechter, wenn jeder Arbeiter seinen Anteil bekäme und nicht ein einzelner den Vorteil hätte. Auch hat eine Anzahl von Arbeitern Nebenverdienst während der regelrechten Arbeitszeit durch Mithilfe beim Viehverladen, während wieder andere die schwere Arbeit verrichten und an diesen Extragroschen nicht teilnehmen. Es ist nicht recht, daß die einen ständig den Vorzug vor den anderen haben. Eine gleichmäßigere Verteilung ist hier angebracht. Die Kommissionäre könnten ja ebenso gut andere Arbeiter beschäftigen. In Staatsbetrieben sollte diese Ungerechtigkeit nicht vorkommen.

Fust: Wir bezahlen hier die Schlachtgebühren, die notwendig sind und von der Behörde verlangt werden. Die beanstandeten Mißstände werden sobald wie möglich beseitigt. Den Leuten in der Quarantäne ist das Mitnehmen von Milch erlaubt und zu gönnen. Wenn einer mal einen Liter mehr bekommt und die andern deshalb neidisch werden, so liegt dies eben in der menschlichen Natur. Auch die paar Nebengroschen, die Effinger angeführt hat, sind den Leuten zu gönnen. Daß alle daran teilnehmen, dafür werde ich Sorge tragen.

Heyk weist auf den Widerspruch bezüglich der Fleisch- und Viehpreise hin. In Mitteldeutschland seien die Viehpreise teurer und die Fleischpreise billiger als hier.

Effinger: Ich gönne gewiß den Leuten den Nebenverdienst, dagegen aber wende ich mich, daß 6 oder 7 Mann die Milch wegnehmen und die anderen leer ausgehen. Einer treibt damit Viehzucht und Butterhandel und andere, die 18 bis 20 Jahre dort tätig sind, müssen ohne Nebenverdienst mit dem blanken Lohn fürlieb nehmen.

Schober bezeichnet den Schlachthof als Wohlfahrtseinrichtung, die nicht dazu verwendet werden dürfe, einem einzelnen Gewerbe besondere Lasten aufzuerlegen. Die

Schlachtergewerbe sei das am meisten belastete. Hier hätten die Leute viel besseres Fleisch als anderwärts.

Straßenbahn.

Aug. Pape erneuert den Wunsch, den Krankenschwestern freie Fahrt zu gewähren.

Stelling ersucht den Senator Ewers, lauter zu sprechen, es sei von seinen Ausführungen kein Wort zu verstehen. Redner stellt ferner die Frage, wie es eigentlich um die Unterstützungskasse für die Straßenbahner stehe, zu der der Staat eine Beihilfe von jährlich 1500 Mark leiste. Ob vielleicht bestimmte Normen für die Handhabung beim Auszahlen der Unterstützung vorliegen oder ob willkürlich verfahren werde. Redner nimmt ferner auf seine gestrigen Ausführungen Bezug, nach denen trotz der Arbeitslosigkeit am Orte Straßenbahner in auswärtigen Blättern gesucht werden. Er halte dies für nicht richtig und bedaure die Abwesenheit des Senators Strack.

Senator Ewers: Besondere Normen sind bei der Unterstützungskasse nicht aufgestellt, über die Stellengesuche kann ich keine Auskunft erteilen.

Loose wünscht an den Wagen kleine Kästchen für die benutzten Billette angebracht.

Stelling: Ich wünsche die Frage geprüft, ob nicht den Schaffnern Fahrscheinbündel zum Verkauf gestellt werden können. Bisher ist eine große Verbilligung nicht eingetreten, im Gegenteil wird der Einkauf von Bündelkarten dadurch verteuert, daß sie im Zigarrenladen entnommen werden müssen. (Widerspruch.) Wir sind nicht alle solche Naturen, die nur mit Fahrscheinen den Laden verlassen, ohne etwas anderes gekauft zu haben. Dem Verkauf durch die Schaffner stehen keine Bedenken entgegen.

Die Sitzung wird auf Mittwoch abend vertagt.

Schluß 10 Uhr 35 Minuten.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 19. März 1912.

30. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats des

Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel

Ausführung des Kaligesetzes

mit den dazu gehörigen Resolutionen.

Dr. Cohn (SD.): In der Resolution der Kommission wird verlangt, daß die Durchschnittslöhne in den betreffenden Kaliwerken durch einen öffentlichen Anschlag bekannt gegeben werden sollen. Der Vertreter der verbündeten Regierung meinte gestern, das sei nicht zulässig, es widerspreche der im Gesetz festgelegten Geheimhaltungspflicht der Verteilungsstelle. § 34 des Gesetzes spricht aber nur eine Verpflichtung der Verteilungsstelle aus, die geschäftlichen Maßnahmen der Kaliwerke geheim zuhalten. Darunter fallen die Löhne nicht. Sonst dürfte auch das Reichsversicherungsamt nicht die berufsgenossenschaftlichen Feststellungen über die Durchschnittslöhne veröffentlichen, denn auch ihm liegt eine solche Geheimhaltungspflicht ob. Herr Behrens hat die Veröffentlichung der Durchschnittslöhne im Reichsarbeitsblatt empfohlen. Aber so wertvoll der Inhalt dieses Blattes ist, so wird es doch nur von wenigen Interessentenkreisen gelesen, so daß also das Ziel, die Arbeiter und die Öffentlichkeit im weitesten Maße über diese Verhältnisse aufzuklären, nicht erreicht würde. Was die Propagandagelder anbelangt, so ist zuzugeben, daß, nachdem das reinigende Gewitter im vorigen Jahre über die Verteilungsstelle niedergegangen ist, sich diesmal die Diskussion in wesentlich ruhigeren Bahnen bewegt hat. Wir müssen aber verlangen, daß politische Organisationen ganz dabei ausgeschaltet werden, sonst besteht keine Möglichkeit zu kontrollieren, in wie weit bei der Propaganda für das Kali nicht auch für die politischen Zwecke der Vereinigung Propaganda gemacht wird. Im anderen Falle könnten die sozialdemokratischen Organisationen, besonders nachdem sich bei der letzten Wahl gezeigt hat, daß auch sehr viel bäuerliche Stimmen für uns abgegeben worden sind, ebensogut Propagandagelder in Anspruch nehmen. Wir wollen gern die Zusage abgeben, daß wir fleißige Propaganda betreiben werden, also nur heran mit den Kaligeldern. (Heiterkeit.) Herr Bärwinkel äußerte gewisse Bedenken darüber, ob der Bund der Landwirte die Bedingungen erfülle. Ich kann ihn beruhigen. Der Bund der Landwirte ist keine politische Organisation, so hat der Berliner Polizeipräsident entschieden und nach ihm das Amtsgericht Berlin-Mitte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dasselbe Gericht hat den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als unpolitischen Verein in das Vereinsregister eingetragen. (Hört, hört! bei den Soz.) Andererseits werden natürlich Radfahrervereine usw. ohne weiteres als politisch erklärt. Bedenklich ist ferner die Tätigkeit der Verteilungsstelle bei der Quotenübertragung. Im Herbst 1911 hat sie festgestellt, daß bei etwa 10 Werken die Löhne unter dem Durchschnitt gesunken waren. Aber sie hat nicht daraus die Konsequenz der Herabsetzung der Beteiligungsziffer gezogen, sondern hat die Werke ermahnt, die Löhne nachzuzahlen. Nach dem Gesetz steht ihr eine solche Befugnis keinesfalls zu, und es geht nicht an, daß eine ausführende Verwaltungsbehörde sich zur Herrin des Gesetzes macht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die einzige Schutzbestimmung für die Arbeiter, die im Kaligesetz besteht, darf nicht im Verwaltungswege eskamotiert werden. (Sehr richtig! b. den Soz.) Auch über Entlassungen zufolge von Quotenübertragungen haben die Arbeiter zu klagen; sie werden nicht entschädigt, weil der Zusammenhang zwischen den Entlassungen und den Übertragungen abgeleugnet wird. Notwendig ist vor allem die Verstaatlichung der Kaliindustrie im Interesse der Erhaltung der Bodenschätze und im Interesse namentlich der kleinen Landwirte, die jetzt das Kali nicht so billig bekommen können, wie die großen, die sich den Vorteil zu Nutze machen. Die Verstaatlichung der Kaliindustrie liegt aber auch im Interesse der Arbeiter. Wäre ihr Effekt lediglich der, den Staat zu besseren Löhnen zu zwingen und dazu, daß das vor 22 Jahren gesprochene Wort, die staatlichen Anstalten sollen soziale Musteranstalten sein, zur Wahrheit würde, so wäre das schon Grund genug, für die Verstaatlichung einzutreten. Gegenwärtig haben die staatlichen Werke vielfach schlechtere Löhne als benachbarte private Werke. Das ist geradezu ein öffentlicher Skandal. (Lebh. sehr richtig! b. d. Soz.) Auch den Unfug, den Arbeitern das Wahlrecht nehmen zu wollen, machen die staatlichen Kaliwerke mit. Die Regierung trat ja schon 1896 für das Bergwerksmonopol ein; auch die österreichische Regierung erklärte in der Begründung ihrer Novelle vom Jahre 1909, daß dem Staat als Hüter des Gemeinwohls die Pflicht erwachse, die Verfügung über die Mineralschätze wieder an sich zu nehmen. Herrn Gothein, der der Verstaatlichungsidee wahrscheinlich widersprechen wird, verweise ich auf die „Frankfurter Zeitung", welche sagte, wenn überhaupt ein Monopol, so kann es nur eins des Reiches sein, nicht aber des Privatkapitals, das nur wenigen zugute kommt. Auch gesundheitlich hat die Verstaatlichung im Interesse der Arbeiter. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß der Kalibergbau nicht entfernt so gefährlich sei, wie der Kohlenbergbau. Auch im Kalibergbau kommen Arbeitsstellen mit einer Temperatur bis zu 35 Gr. vor, und die Kaliverteilungsstelle hat neuerdings Abteufungen bis zu 1200 m Tiefe zugelassen. Von der Verstaatlichung erwarten wir einen größeren gesundheitlichen Schutz der Arbeiter, natürlich können wir nicht jeder Verstaatlichung zustimmen, sondern es müssen bestimmte Garantien für die Landwirtschaft und Arbeiterschaft geschaffen werden. Die Lohnbewegung im Ruhrrevier zeigt, daß der Druck der privaten Industrie, die auf Kosten der Arbeiter wirtschaften will, zu Explosionen führen kann, die doch jeder vermeiden will, der wünscht, daß eine friedliche Verständigung zwischen Arbeit und Kapital stattfindet. Auch deshalb muß man der Verstaatlichungsidee freundlich gegenüberstehen. Freilich ist jetzt nur vom Kali die Rede, aber in Vertretung meines Kollegen Sachse, der heute im Ruhrrevier sein muß, spreche ich dies auch für die Arbeiter im Kohlenbergbau aus. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht daran vorbeigehen, daß der preußische Minister des Innern im preußischen Abgeordnetenhaus sich gestern herausgenommen hat, dem Kollegen Sachse nachzusagen, er habe den traurigen Mut besessen, Beschimpfungen der Polizeibeamten auszusprechen. Derartige Beleidigungen wirken recht eigentümlich im Munde eines Ministers, der an der Spitze einer Behörde steht, von der einzelne Mitglieder eines Verbrechens öffentlich überführt sind. Gerade dieser Minister sollte sich hüten, über Beleidigungen der Polizei zu sprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.) Ich wäre in der Lage, selbst aus meiner geringen Praxis ihm eine ganze Menge von Fällen über Vergehen von Polizeibeamten nachzuweisen. So habe ich ein Aktenstück über den Meineid eines Schutzmannes; in dem Falle wurde der Angeklagte, eben weil der Eid des Schutzmannes ein Meineid war, freigesprochen, und die Kosten des Verfahrens dem Schutzmann aufgebürdet. (Zuruf rechts: Kali.) Die Kaliwerke stehen ja nicht unter dem Minister des Innern, sondern unter dem Handelsminister, der sich dieser Angriffe gegen den Kollegen Sachse ja nicht zu eigen gemacht hat. Im übrigen muß ich es dem Kollegen Sachse überlassen, darauf zurückzukommen. (Bravo! b. d. Soz.)

Unterstaatssekretär Richter: Der Abg. Cohn ging auf die Propagandagelder ein. Ob der Bund der Landwirte politisch ist oder nicht, kommt dafür nicht in Betracht. Daß er übrigens in das Vereinsregister eingetragen ist, beweist nicht, daß die Berliner Polizeibehörde ihn nicht für politisch hält; sie kann gegen die Eintragung eines Vereins, der wirtschaftliche Zwecke verfolgt, Widerspruch erheben, wenn sie ihn für politisch hält. Die Propagandagelder werden nur nach den Grundsätzen des Gesetzes und den Bestimmungen des Bundesrats verteilt. Ich habe nur zu prüfen, ob die Gelder, die das Reichsamt des Innern zur Verfügung stellt, auch wirklich zur Propaganda verwendet werden. Zu Wahlzwecken kann der Bund der Landwirte Propagandagelder schon deshalb nicht verwenden, weil jetzt erst die Gelder für 1910, selbstverständlich unter Nachprüfung der Rechnung, zur Auszahlung gelangen. Der Vorredner hat auch getadelt, daß das Institut für Gärungsgewerbe Propagandagelder erhalten hat. Wenn solch wissenschaftliches Institut keine Propagandagelder erhalten soll, behalten wir sie am besten gar in der Tasche. Die Verteilungsstelle hat mit den Entschädigungen der Arbeiter zufolge der Quotenübertragungen nichts zu tun, das ist lediglich Sache der Werke.

Abg. Gothein (Vp.): Vereine, die nebenbei politische Zwecke verfolgen, sollten von den Propagandageldern nichts erhalten. (Sehr richtig, links.) Wenn der Polizeipräsident von Berlin wirklich den Bund der Landwirte für einen unpolitischen Verein erklärt hat, so hat er damit bewiesen, daß er an politscher Farbenblindheit leidet. (Sehr gut und Heiterkeit links.) Man verlangt, daß ein Teil der Kaligelder in die Reichskasse fließe. Das wäre aber eine indirekte Steuer. Wenn Herr Hoch das bestreitet, so müßte er zugeben, daß auch die Branntweinsteuer keine indirekte Steuer ist. Was das Reichsmonopol angeht, so sind wir nicht prinzipielle Gegner der Monopole, sondern meinen, daß da, wo sich aus natürlichen Gründen ein Privatmonopol bildet, das Reichsmonopol vorzuziehen ist. Hier ist aber die Entwickelung zum Privatmonopol keine natürliche gewesen, sondern eine Folge der Gesetzgebung. Hunderte von Millionen sind infolgedessen in unrentablen Werken angelegt worden. Herr Hoch meinte, Spekulationsgewinne würden natürlich bei der Verstaatlichung nicht entschädigt werden, aber wer entscheidet, ob im einzelnen Falle ein Spekulationsgewinn vorliegt. Wer die Verstaatlichung ernstlich wollte, dürfte dem Kaligesetz nicht zustimmen. Außerdem liegt ein großes Risiko in der Verstaatlichung wegen der Gefahr, daß auch außerhalb Deutschlands Kali gefunden wird, und ist ein Reichsmonopol ohne Bureaukratie möglich? Ohne Bureaukratie kann ein Staat nicht verwaltet werden, und auch im sozialistischen Staate werden Sie Exzesse der Bureaukratie haben. Nun so bald wird ein Monopol nicht kommen. Wir können erst ruhig abwarten. Einstweilen haben Sie genug an den Folgen des Kaligesetzes. (Bravo! b. d. Freis.)

Graf Westarp (K.): Mit dem Gedanken des Reichsmonopols brauchen wir uns jetzt noch nicht zu beschäftigen. Eine Abänderung des Kaligesetzes nach so kurzer Zeit wünschen wir nicht; zunächst muß die Industrie einmal Ruhe haben.

Hoch (SD.): Im Gegensatz zu Herrn Gothein halte ich die Kaliindustrie vollständig reif zur Verstaatlichung. Daß aber ein Monopol, wie wir es wünschen, nicht in den allmächtigen Einfluß der Bureaukratie geraten darf, habe ich gestern schon betont. Wie die Bureaukratie im Zukunftsstaat aussehen wird, darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. Vielleicht erleben wir ihn beide noch und ich habe das Vertrauen zu der Objektivität des Herrn Gothein, daß er dann aus einem Saulus einen Paulus werden läßt. Der Einfluß der Bureaukratie bei den Monopolen muß durch Mitwirkung von Arbeitervertretern paralisiert werden. (Bravo! bei den Soz.)

Die Resolution der Kommission wird angenommen, als weitere Frachtausgangsstation wird Kolmar im Elsaß bestimmt.

Es folgt das Kapitel

Statistisches Amt.

Schumann (SD.): Das Kapitel der unerfüllten Hoffnungen ist der Teil des statistischen Amtes, der sich mit der Erforschung der Arbeiterverhältnisse beschäftigt. Meist bekommt man die Antwort: „Es sind Erhebungen im Gange." Redner bespricht die Verhältnisse in der Binnenschiffahrt. Die Arbeitszeit ist sehr ungeregelt. Bei der letzten Erhebung wurden Arbeitszeiten von 18, 24, 30 ja 40 Stunden festgestellt. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Auf die Frage des Beirates antworteten 21 Arbeitgeberorganisationen, daß eine gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe und Arbeitszeit nötig sei. Ein Gutachter des Reichsgesundheitsamtes stellte fest, daß die Unfallgefahr in der Binnenschiffahrt viermal so groß ist wie in der Landwirtschaft und fast doppelt so groß wie in den verschiedenen Industrien. Der Beirat für Arbeiterstatistik schlug eine gesetzliche Regelung vor, die eine Mindestruhezeit von 8 Stunden während der Fahrt und von 10 Stunden beim Löschen der Ladung verlangte. Aber Gesetz ist das nicht geworden. Was bei den 25 Erhebungen herausgekommen ist, zeigte die Erklärung des Ministerialdirektors vom 4. März, wonach die Verhältnisse auf dem Rhein demnächst untersucht und dann erwogen werden sollen, ob dort eine Regelung stattfinden soll. Gerade auf dem Stromgebiet des Rheins haben die Arbeiterorganisationen die größten Mißstände beseitigt, und hier will nun endlich die Regierung vorgehen. Aber auf den anderen Wasserstraßen, auf der Elbe und Oder z. B., herrschen die allergrößten Mißstände und da soll nichts geschehen. Die Erklärung des Regierungsvertreters muß wie eine Verhöhnung der kämpfenden Arbeiter in der Binnenschiffahrt klingen. (Zustim. b. d. Soz.) Wir wissen ja aber auch so, wie wenig Wert Erklärungen von den als vorübergehende Erscheinungen zu betrachtenden Regierungsvertretern beizumessen ist. Schon 1891 hat Minister von Berlepsch eine Regelung der Verhältnisse im Verkehrsgewerbe versprochen. Im April 1907 erkannte der Staatssekretär die Dringlichkeit der Regelung der Verhältnisse im Binnenschiffahrtsgewerbe an und stellte sie in Aussicht, wenn die schwebenden Erhebungen abgeschlossen sein würden. Im März 1910 erklärte dann Staatssekretär Dr. Delbrück mehrmals, er wolle nur noch das Gutachten des Reichsgesundheitsamts abwarten, und jetzt wird es wieder auf Jahre hinausgeschoben. Einen weiteren Beweis für die Langsamkeit der Sozialpolitik liefern die Erhebungen über die Verhältnisse im Transportgewerbe. Dort sind Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden festgestellt worden, und die Kontrollerhebungen des Transportarbeiterverbandes haben ein noch ungünstigeres Bild ergeben. — 36 Stunden ohne nachfolgende genügende Ruhezeit. — (Hört, hört! bei den Soz.) Gegen die Gefährdung der Sicherheit des Publikums durch die lange Arbeitszeit der Automobilführer in Berlin hat der Polizeipräsident noch nichts getan. Ein weiterer Mißstand ist das Kost- und Logiswesen. In Rheinland-Westfalen hausen 10, 12, 15 Leute in einem Raum, für 5 bis 6 ist ein Handtuch vorhanden, das alle 14 Tage mal gereinigt wird. Über 400 der Befragten schlafen in einem Stalle. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn die Mißstände heute zum Teil abgestellt sind, ist das dem Transportarbeiterverband und nicht der Regierung zu verdanken, die ihn als ordnungsfeindlich in ihren Betrieben nicht zuläßt. Infolge davon übersteigt natürlich die Unfallziffer dort sogar die im Bergbau. Der Beirat für Arbeiterstatistik hat darum eine Mindestruhezeit von 9 Stunden vorgeschlagen, sowie die Freilassung von 4 Sonntagen im Vierteljahr, aber auch davon ist heute nichts verwirklicht. Über die Straßenbahnbetriebe hat der Beirat keine Erhebungen angestellt, weil die Einzelstaaten sie vornehmen wollten. Die so gewonnenen Ergebnisse sind speziell in Preußen ganz wertlos. So sollen Führer nach den Dienstplänen 8½ stündige Arbeitszeit haben, in Wirklichkeit haben sie oft 10½ Stunden. Die Verträge der Straßenbahnen sind vielfach geradezu Sklavenordnungen und verstoßen gegen die guten Sitten. Sie müssen z. B. beim Verlassen des Dienstes ein sogenanntes Lehrgeld herauszahlen; das ist der Fall bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Verträge enthalten sehr erhebliche Strafbestimmungen bei dem geringsten Dienstvergehen. Selbst in das Familienleben der Angestellten greifen die Gesellschaften ein, das beweist, wie notwendig es ist, daß das ganze Arbeits- und Vertragsverhältnis der Straßenbahner einer genauen Untersuchung unterzogen wird. Mit schönen Redensarten ist nicht geholfen, es müssen ernsthafte Schritte unternommen werden, damit auch die Straßenbahner in den Stand gesetzt werden, ein menschenwürdiges Leben zu führen. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Sittart (Z.) bedauert ebenfalls, daß die Verhältnisse im Verkehrsgewerbe, speziell der Straßenbahnen vom Reich noch nicht erfaßt seien. Wertlos sind aber die Erhebungen in Preußen nicht. Wir legen vor allem Wert darauf, daß den Leuten am Sonntag Zeit zum Besuch des Gottesdienstes gewährt wird. Ich bitte die Regierung, zu sagen, was sie gegenüber den Mißständen zu tun gedenkt.

Geheimrat Caspar (auf der Tribüne schwer verständlich): Die Verhältnisse im Schiffahrtsgewerbe können nicht schematisch geregelt werden. Die Regelung der Verhältnisse bei den Bahnen ist Landessache, die der Rechtsanwaltsgehilfen Sache des Justizamts. Gegen übermäßig lange Arbeitszeiten können die Landeszentralbehörden auf Grund der Gewerbeordnung Verordnungen erlassen.

Dr. von Schulze-Gevernitz (Vp.) befürwortet einen Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, gelegentlich der Reichserhebung über die Bodenbenutzung Ermittelungen über Ver- und Zukauf von Getreide, Mehl, Brot usw. der landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenbetriebe für das Erntejahr 1912 zu veranstalten. Das wird sehr interessant sein für die Frage, welche Betriebe an den Getreidezöllen interessiert sind. Die Statistik ist für die Handelsvertragspolitik sehr wichtig. Wir Volksparteiler fühlen uns als Vertreter der Bauern (Gelächter rechts), während Sie (nach rechts) lediglich den Großgrundbesitz vertreten. (Sehr wahr! links, erneutes Lachen rechts.) Der Bauer hat viel mehr Interesse an hohen Preisen für Vieh, Fleisch und Milch, als für Getreide. Darum sind wir für Aufhebung der Futtermittelzölle. Die Bauern im badischen Oberland haben diesen unseren Antrag mit Freude begrüßt. Dagegen lehnen wir Erziehungszölle für Luxusnahrungsmittel, wie Tabak und Wein, nicht ab. An den Roggen- und Weizenzöllen aber haben nur die Bauern Interesse, die Getreideüberschuß verkaufen; diesen wollen wir maßvolle Getreidezölle nicht versagen, nur müßten wir erst wissen, wie viele es sind. Ich rufe also: Mehr Licht über die bäuerlichen Verhältnisse. (Lautes Lachen rechts.) Das wünschen wir als die berufene Bauernpartei. (Stürmisches Gelächter.) Für wirtschaftliche Arbeiten sollte das Statistische Amt nicht nur Juristen, sondern auch Nationalökonomen hinzuziehen. (Bravo links.)

Dr. Oertel (K.): Wenn der Vorredner uns heute wieder als Vertreter des Großagrariertums hinstellte, so wird diese Behauptung durch die häufige Wiederholung nicht richtiger. Der Agitation des Bundes der Landwirte hat er einen guten Dienst geleistet, indem er auf die hohen Verkaufspreise der Milch hinwies. Der Resolution stimmen wir zu, denn wir wollen auch sehen, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden. Die Wichtigkeit der Geburten und Fruchtbarkeitsstatistik erkennen wir an. In dieser Beziehung ist das Bauerntum der Lebensquell für unsere gesamte Bevölkerung, aber es gehört mit dem Grundbesitztum zusammen. Der Jungbrunnen, der aus dem deutschen Acker strömt, kann nur erhalten werden, wenn der Friede zwischen Bauern und Großgrundbesitzern erhalten wird. (Lebh. Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird auf abends 8 Uhr vertagt.

Schluß 6 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verlag: F. H. Schwartz. Druck: Friedr. [illegible] & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Ausgaben für die Versicherung werden auf 2,16 Kronen pro Jahr für die Arbeiterin und 1,08 Kronen für den Arbeitgeber berechnet. Die Gesamtsumme der Mutterschaftsunterstützung würde 87 Kronen betragen, davon 72 Kronen als reine Mutterschaftsunterstützung und 15 Kronen als Stillprämie.

Die Mutterschaftsversicherung soll vorläufig auf die in der Industrie tätigen Frauen beschränkt bleiben, um die praktische Durchführung zu erleichtern.

Der vorliegende Entwurf weist noch große Lücken auf und ist von der Erfüllung aller Forderungen der klassenbewußten Proletarierinnen weit entfernt. Die Hauptmängel bestehen in der verschiedenen Beitragsbelastung von Unternehmer und Arbeiterin, die für jenen nur ein Drittel, für diese aber zwei Drittel beträgt, in der Dezentralisation und staatlichen Bevormundung der Kassen und in der Beschränkung der Versicherung auf die Industriearbeiterinnen allein. Immerhin bildet er einen Schritt auf ein dringend der Bebauung bedürftiges Gebiet.

Kleines Feuilleton.

Wüstenschmetterlinge.

Über dieses interessante Thema veröffentlicht Julius Stephan in der „Natur", dem Organ der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft. e. V. (Bezug durch jede Buchhandlung zum Preise von 1.50 Mk. vierteljährlich) einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Nicht nur bis hinauf zu den wolkenumgürteten Hochgebirgsgipfeln und in die von schier ewigem Eis und Schnee starrenden Gefilde der Arktis, sondern auch bis tief hinein in die gluthauchenden todesstillen Distrikte der Wüste dringen die leichtbeschwingten Schmetterlinge vor. Wo nur immer in jenen öden Gegenden vegetabilisches Leben, und sei es noch so kümmerlich, sich zeigt, da treffen wir auch Falter an. Freilich gibt es unter diesen äußersten „Vorposten" keine Riesen- und Pracht-Stücke, es sind vielmehr zumeist kleine Tierchen, die uns — mit wenigen Ausnahmen — in bescheidenem Gewand, ohne Schmuck und Prunk, entgegentreten. Wie die Wüstenfauna im allgemeinen, so zeigen auch sie — eine natürliche Folge der Anpassung — fast durchweg das Sandgelb, Gelbgrau oder Rotbraun staubigen und felsigen Untergrundes. — Sehr charakteristische Wüstenschmetterlinge sind zunächst einige Melitaea oder Scheckenfalter, wie die ockergelbe Deserticola aus der Sahara (eine Lokalform unserer heimischen Didias) und die ganz eigenartige Acraeine von Ferghana (Kokand); letztere Art gleicht in ihrem blaßgelben Kleide mit schwarzer Flügelspitze und wenigen schwarzen Punkten auffallend der in der indischen Region weitverbreiteten Acraea vesta. Die Nymphaliden sind ferner durch unsern Allerweltsbummler, den Distelfalter (Pyrameis cardui L.) und den langsam segelnden Daneis chrysippus vertreten, die beide bis in die pflanzenärmsten Striche vordringen. Die dünnbeschuppten, unbeholfen fliegenden Acraeen, die sonst zu den äthiopischen Charakterschmetterlingen gehören, lieben indes mehr Steppen und Flußufer. Von Bläulingen (Lycaeniden) tritt außer einigen sandfarbenen Vertretern der sonderbaren Gattungen Mimacraea, Pseuderesia u. a. vorzüglich die kleine Lampides beatica entgegen. Dieser geschwänzte Bläuling, der übrigens auch in Südeuropa und einem großen Teil Asiens heimisch ist, sporadisch sogar in Deutschland auftritt, kann überraschend schnell fliegen; an manchen Stellen der Arabischen Wüste ist er der einzige Tagfalter. Auch die Genera Thestor und Cigaritis bewohnen zumeist vegetationsarme, dürre Länder und scheinen sich auf steinigen Halden am wohlsten zu fühlen. Die kleine rotgelbe Cigaritis acamas geht z. B. von den Kirgisensteppen über Turkestan bis weit in die Wüste Gobi hinein.

Ein kleines Europa in Französisch-Lothringen.

Der „Temps" weist darauf hin, daß der Bezirk Briey im Departement Meurthe-et-Moselle unter 100 525 Einwohnern nicht weniger als 57 098 Ausländer zähle, und zwar seien hier fast sämtliche Völker Europas vertreten. Es wohnen in dem Bezirk: 9404 Deutsche, 16 Engländer, 743 Österreicher, 10 596 Belgier, 13 Bulgaren, 4 Dänen, 80 Spanier, 37 Griechen, 42 Holländer, 32 096 Italiener, 3581 Luxemburger, 5 Norweger, 3 Rumänen, 239 Russen, 7 Schweden, 247 Schweizer, 23 Türken. Von den Italienern sind die meisten Bergarbeiter, während die Russen fast sämtlich in der Landwirtschaft Beschäftigung finden. Es muß bemerkt werden, daß das genannte Departement eines der industriereichsten Frankreichs ist.

„Ihn traf des Himmels Strafgericht."

Aus Mülhausen i. E. wird der „Straßburger Post" folgendes nette Geschichtchen erzählt: Ein ehrsamer Bürger unserer Stadt, der den in Italien und der Schweiz so vorzüglich hergestellten Salami zu seinen Lieblingsspeisen zählt, beabsichtigte kürzlich, eine dieser wohlschmeckenden Würste von einer nach Basel unternommenen Geschäftsreise mitzubringen. Nun dürfen aber unter keiner Bedingung Fleischwaren eingeführt werden, selbst wenn man sie verzollen möchte. Unser Freund beschloß daher kurzerhand, eine Salamiwurst von beträchtlicher Länge über die Grenze zu schmuggeln. In sorgfältiger Verpackung steckte er sie in seinen zusammengerollten Regenschirm und eilte in letzter Stunde dem Bahnhofe zu. Bei der Zollrevision öffnete er bereitwilligst seinen Handkoffer. Den Schirm stellte er währenddessen behutsam in die nächste Ecke. Als der diensttuende Beamte pflichtschuldigst die Revision vorgenommen hatte, packte der Elsässer seine sieben Sachen wieder zusammen und lenkte vergnügten Sinnes seine Schritte dem bereitstehenden Eisenbahnwagen zu. Aber als der Zug sich in Bewegung setzte, merkte er, daß er seinen Schirm mit dem wertvollen Inhalt vergessen hatte. Es braucht wohl nicht gesagt zu werden, daß er den „in Gedanken stehengebliebenen Regenschirm" nicht zurückverlangte. Auch brauchte er für den Spott seiner Freunde nicht zu sorgen. — Die Geschichte ist auch recht bezeichnend für die agrarische Grenzsperre, die sich die deutsche Bevölkerung gefallen läßt.

Eisbären im Dienste der Polarforschung.

Fridjof Nansen macht in einem Aufsatz von Scribners Magazine, der die Aussichten Scotts und Amundsens auf die Eroberung des Südpols in freilich nunmehr überholter Form betrachtet, einen eigenartigen Vorschlag. „Es ist bereits die Frage aufgeworfen worden," schreibt er, „ob nicht der Polarbär als Zugtier bei den Polarexpeditionen verwendet werden könnte. Kapitän Amundsen erwog einmal den Plan, Eisbären zu diesem Zweck abrichten zu lassen, und besprach sich darüber mit dem bekannten Tierzüchter und Dresseur Hagenbeck in Hamburg. Hagenbeck erklärte das für sehr wohl möglich und begann auch wirklich damit, einige Bären für diesen Dienst abzurichten; so weit ich gehört habe, soll es ihm bis zu einem gewissen Grade geglückt sein. Bisher ist jedoch ein Versuch in den Polargegenden noch nicht gemacht worden: aber wenn es wirklich möglich wäre, den Polarbären als Zugtier abzurichten, so würde er natürlich der idealste Helfer im Dienste der Polarforschung sein: seine Stärke und seine Ausdauer sind hervorragend; er kann wie der Hund von Konserven leben; er ist aber besser als der Hund imstande, lange Zeit ohne Nahrung auszuhalten und seine Kräfte aufs Höchste anzuspannen. Gleichwohl fürchte ich, daß der Polarbär ein etwas gefährliches und unruhiges Zugtier sein dürfte, denn es möchte nicht immer leicht sein, mit ihm in Güte auszukommen."

Aus den Witzblättern.

Übertrumpft. „Das ist die Traumtänzerin. Wenn du Beethoven spielst, dann tanzt sie." — „Das ist noch gar nichts. Wenn meine Frau Beethoven spielt, dann klettere ich an der glatten Wand hoch!"

Mißverständnis. Dame (von einem in der Nähe sitzenden Herrn sprechend): „Das, glaube ich, ist ein Rheinländer?" — Herr (der Musik zuhörend): „Nein, das ist ein Walzer!"

Deplacierte Redensart. Zahnarzt (zur widerspenstigen Patientin): „Herrgott, so beißen Sie doch mal die Zähne zusammen und machen den Mund weit auf!"

Schonend. Witwe: „Den Emil hatten se beauftragt, mir den Todessturz meines Mannes mitzuteilen. — Der stottert nämlich!" (Aus „Lustige Blätter".)

Unter Kadetten. „Verkehrst du gar nicht mehr mit dem jungen Ziebelwitz?" — „Nee, der tut ja so gescheit, wie wenn er den Schnurrbart wachsen hörte."

Viel verlangt. „Damit Sie mich sofort wiedererkennen, werde ich eine Blume im Knopfloch tragen." — „Dann aber bitte, eine Sonnenrose; ich bin etwas kurzsichtig."

Angewandtes Zitat. „Daß Sie gerade den Beruf als Schlangenbändigerin gewählt haben? Es muß doch widerwärtig sein, diese kalten Dinger um den Hals zu tragen?" — „Je nun, man trägt, was man nicht ändern kann!"

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 12. Mittwoch, den 20. März 1912.

Die Bergarbeiter.

Tief in der Erde Schoß
Schlagen wir Kohle los,
Fern von der Sonne erquickendem Licht;
Ach, wie unendlich lang dauert die Schicht!
Tief in der Erde Schoß!

Tief in der Erde Schoß
Kauern wir nackend und bloß,
Schwingen die Haue, gebadet im Schweiß
Wie ist doch die Luft so dumpfig und heiß.
Elend ist unser Los
Tief in der Erde Schoß.

Tief in der Erde Schoß
Gehet die Habsucht bloß.
Frißt an des Volkes gesündestem Stamm
Wie an den Stützen des Hauses der Schwamm.
Tief in der Erde Schoß
Trifft uns des Todes Stoß.

Tief aus der Erde Schoß
Tönet ein wild Getos:
„Länger nicht bleiben wir hungernde Knechte!
Laßt uns erneuern die alten Rechte!"
Tief aus der Erde Schoß.

Und aus der Erde Schoß
Steiget ein Riese groß.
Über das Unrecht mit schwerem Tritt
Schreitet sein alles zermalmender Schritt.
Tief aus der Erde Schoß
Steiget der Zukunft Los.

Zürich. Robert Seidel.

Feuer in der Grube!

Ein Lugauer Bergarbeiter schildert in der Chemnitzer „Volksstimme", wie er und sein Kamerad Kunze beim Schichtbeginn begrüßt wurden mit dem Ruf: „Feuer in der Grube!" und wie dann die Löscharbeiten geleistet werden:

Der Zeitpunkt der Einfahrt war gekommen. Man bestieg mit dem hinzugekommenen Steiger das Fördergerüst, und in rasender Schnelligkeit ging es in die Tiefe. Drunten in der Grube wurde unter Vorantritt des Steigers bald rechts, bald links marschiert, Berge hinunter, dann wieder hinauf, bis man schließlich die Stelle erreichte, wo sich die Bergleute bis auf die Haut entkleideten. Dort vernahm man das unheimliche Stöhnen der Kameraden, die während der Arbeit die giftigen Brandgase eingeatmet hatten und dann zusammengebrochen waren. Ein Teil dieser Unglücklichen verhielt sich ruhig, andere rasten, von krampfhaften Anfällen gepeinigt, umher.

„Alles fertig!" rief der Steiger, worauf ein „Jawohl!" zurückerscholl, und vorwärts ging es der von jedem Bergmann gefürchteten Brandstelle entgegen. Als eine Strecke (Stollen) betreten war, stockte allen der Atem, sie war mit Holzrauch derart angefüllt, daß kaum vorwärts zu kommen war. Aber vorwärts mußte man auf jeden Fall, um die noch von der Nachtschicht schmachtenden Kameraden abzulösen. Beim Anblick des Brandherdes grauste es allen. Das Feuer hatte in kurzer Zeit riesigen Umfang angenommen. Diese glühende Masse in dem mysteriösen Dunkel der Grube konnte einen glauben machen, man befände sich im Reiche des Teufels. Es schien unmöglich, sich näher an die Brandstelle heranzuwagen. Inzwischen waren auch der Direktor, sowie der Obersteiger herbeigekommen, um sich über die Lage zu orientieren. Die Untersuchung, die sie anstellten, ergab, daß auf alle Fälle zu versuchen sei, des Feuers Herr zu werden.

Im Nu ging es an die Arbeit, um mit Lehm, Flugasche und dergleichen das Feuer einzudämmen. Die vorhandenen Leute wurden in kleine Kolonnen geteilt, die sich in sehr kurzen Zeitabständen regelmäßig ablösen mußten; es war nicht möglich, länger als nur wenige Minuten zu arbeiten, dann mußte man frische Luft aufsuchen. Der Direktor verließ die Brandstelle, nachdem er die Leitung dem Obersteiger übertragen hatte, der es nun für seine Pflicht erachtete, das Feuer niederzuringen. Die Belegschaft hatte schon mehrere Male durchgearbeitet, aber immer war noch nichts von einer Abnahme des Feuers zu spüren. Der Obersteiger griff nun, weil vor Glut niemand heran konnte, zu einem anderen Mittel; er befahl, Schlauchleitung und Strahlrohr herbeizuholen. Unter diesen Umständen war überhaupt nichts zu machen, denn es entwickelte sich ein derartiger Wasserdampf, daß man, um sich nicht zu verbrühen, wieder aufhören mußte. Die Glut wurde fast unerträglich. Die Mannschaften litten schwer, alle hingen die Köpfe, einer mehr als der andere; aber immer hieß es: „Wer kommt jetzt dran?" Dann standen die Kameraden, die an der Reihe waren, auf und traten wankend, als hätte sich Blei in ihre Glieder gelegt, ihren Gang zur Brandstelle an, und von neuem ging es wider das schreckliche Element.

Auch Kunze gehörte zu denen, die sich kaum noch aufrecht erhalten konnten; er hatte so viel Rauch und Brandgase eingeatmet, daß er sich todkrank fühlte. Jetzt war diese Kolonne an der Reihe, der er und Berthold angehörten; Kunze fiel es besonders schwer, aber niemand fragte danach. Eine kleine Weile verstrich, und man glaubte die letzte Kolonne sei noch gar nicht richtig fort, als man Kunze schon getragen brachte; er war starr und steif wie ein Toter, Schaum stand ihm um den Mund herum und sein Gesichtsausdruck war schrecklich verstört. „Schafft ihn vor die Wetterstrecke!" befahl der Obersteiger. Der Befehl wurde sofort ausgeführt. In der Wetterstrecke bettete man den Schwerkranken so gut als die Verhältnisse es gestatteten, d. h. auf Holzschwarten und kaum einen alten Lumpen unter dem Körper. Man hätte ihn für tot halten können, wenn nicht sein röchelnder Atem verraten hätte, daß er noch lebte. Das erste Opfer! Bald sollten mehr folgen.

Während sich der Vorfall mit Kunze abgespielt hatte, war das Feuer gewaltig vorwärts gedrungen. Die Mannschaft knickte vor der Glut wie Strohhalme zusammen; auch Berthold, der sich früh auf dem Wege zur Grube über Kunzes trübe Ahnung lustig gemacht hatte. Aber was kam es auf Menschenmaterial an; davon gibt es ja in Hülle und Fülle; sofort waren andere, neue Kräfte zur Stelle.

Mit der Zeit sah auch der Obersteiger ein, daß sein Vorgehen unnütz war: er befahl, alle Leute zurückzuholen; dann gebot er, das ganze Revier abzuschließen, damit jede Wetterverbindung mit dem Feuer abgeschnitten werde. Diese Arbeit wurde sofort in Angriff genommen. Bei der emsigen Tätigkeit der Bergleute dauerte es nicht lange, so waren die Dämme fertig. Nun mochte das Feuer toben, so viel es wollte, es war ihm wenigstens die Luft abgeschnitten.

Das war ein aufregender Kampf gewesen. Viele Kameraden waren ihm unterlegen. Ein Teil hatte sich wieder so weit erholt, daß er glaubte, selber nach dem Füllort gehen zu können. Die anderen wurden aufgeladen, um nach der Auffahrt transportiert zu werden. In der Regel wird es solchen Erkrankten besser, sobald sie über Tage sind und sich in sauerstoffreicher Luft bewegen können; manche verspüren die erlittenen Beschwerden aber noch längere Zeit.

Während droben der Tag zur Neige geht, bringt man jene Unglücklichen, die, weil sie sonst nichts weiter besitzen als ihre Arbeitskraft, dem Kapitalisten das „schwarze Gold" aus der Erde scharren müssen, aus der Tiefe herauf, wo sie einen im Vergleich zu der gefahrvollen Arbeit ganz armseligen Lohn ihre Gesundheit opfern mußten.

Das ist das Los des Bergmanns unter heutigen Verhältnissen!

An den Gräbern der Märzgefallenen von 1848.

Zum stillen Friedrichshain im Osten Berlins, in dem in einem Winkel die Opfer der Revolution von 1848 ein Ruheplätzchen, aber noch immer kein Denkmal von Stein fanden, zogen am diesjährigen 18. März wieder viele Tausende von Proletariern und Proletarierinnen, um ihre Vorkämpfer der Freiheit zu ehren. Schon von morgens 7 Uhr an, als noch die Dächer mit Reif belegt waren, bewegte sich ein starker Menschenstrom nach dem kleinen Hügel, den ein goldener Sonnenschein überflutete. Das übliche Polizeiaufgebot fehlte nicht, doch störte es in keiner Weise die Friedhofsruhe, sondern sorgte ohne Aufregung für einen guten Zugang der Massen, die sich in geordnetem Zuge nach den Gräbern bewegten. Der lange Zug auf dem Wege zum Friedhof rückte von Zeit zu Zeit nur um wenige Schritte vor, und so harrten die Neuankommenden etwa eine halbe Stunde, ehe sie bis vor das einfache Stackettor des schmucklosen Friedhofes vorgerückt waren.

Unaufhörlich rollten die Kranzdeputationen in Automobilen und Droschken vor und in kurzer Zeit war die von den Behörden so vernachlässigte Ruhestätte der Freiheitskämpfer, die nur von Efeu überwachsen ist, in einen Blumenhain verwandelt. Der einzige Gang über den Friedhof, zu dessen beiden Seiten die Riesenkränze aufgehängt waren, glich einer Via triumphalis, durch die die Mitkämpfer für Freiheit, Gleichheit und Recht in ernster Erinnerung an die Märztage langsam schritten. Bis gegen Mittag waren etwa 250 große und prachtvolle Kränze mit Widmungen niedergelegt, davon etwa ein Dutzend mit schwarz-rot-goldenen Schleifen, von demokratischen und Hirsch-Dunckerschen Vereinigungen stammend, und ein weiteres Dutzend mit schwarzen Schleifen von anarchistischen Korporationen. Die übrigen Kränze waren mit großen roten Schleifen versehen.

Die Polizeizensur wurde wieder von einem Polizelleutnant ausgeübt, der griesgrämig in den jungen Märztag blickte, offenbar aber weniger kritisch veranlagt war, als an früheren Märztagen. Manche Schleife wurde diesmal unbeanstandet gelassen, die nach den gemachten Erfahrungen in früheren Jahren vielleicht der Polizeischeere verfallen wäre. Keine Gnade fanden vor dem Zensor bis gegen Mittag die Aufschriften von fünf Schleifen. So nahm er eine Schleife mit folgender Aufschrift fort: „Gewidmet von der Reichssektion der organisierten Eisenbahner, Mitgliedschaft Groß-Berlin.“ Ein kleiner Zettel an dieser Schleife gab eine Zeitlang Kunde von dem hier verübten Attentat, bis er auch der Konfiskation verfiel. In die große Tasche des Polizeileutnants verschwanden auch die Schleifen mit folgenden Aufschriften:

„Wohlan, es naht die Stunde des Gerichts,
Schon wanken eure Burgen, euro Tore,
Und zitternd lauscht das Ohr des Bösewichts
Dem dumpfen Schritt der Massenbataillone.“

Dann: „O 18. März, in diesen Tagen, Wo unsre Herzen höher schlagen, Wo über Gräbern der Sonnenschein; Da wollen auch wir uns heilig geloben, Nieder mit den Tyrannen von oben.“

Ferner:

„An euren Bajonetten klebt aller Zeiten Fluch,
Wir trügen keine Ketten, trügt Ihr nicht buntes Tuch;
Durch Euch sind wir verraten, durch Euch verkauft allein,
Wann stellt Ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein?“

Einen bedenklichen Gesichtsausdruck des Zensors löften folgende Widmungen aus, die jedoch passieren konnten:

„Blut, was ist Blut? Ein warmer, roter Saft;
Der Quell des Lebens und der Born der Kraft.
Jedoch das Blut, das für die Freiheit fließt,
Das ist der Dünger, drauß' die Freiheit sprießt.“

Weiter:

„Die wollen uns knebeln mit roher Gewalt,
Und uns binden mit Normen und Ketten;
Doch kann sie die Willkür in jeder Gestalt
Vor ihrem Verderben nicht retten,
Wir kämpfen von jeher, wir kämpfen fortan,
Und würfen sie zehnmal uns nieder,
Aufspringen wir wieder und greifen sie an —
Und wieder und wieder und wieder.“

Unbeanstandet blieben auch folgende Schleifenaufschriften:

„Verleugnet von euren Epigonen, verlästert von höfischen Narren,
In treuer Dankbarkeit geehrt von den Soldaten der sozialen Revolution.

Bleibt Ihr Toten der 1848er Revolution die Unsterblichen.“

Manche andere Schleife trug packende Inschriften. Auf einer stand:

„Trotz Junkerbrut und Söldnerknechte erkämpfen wir uns Menschenrechte.“

Eine Schleife war den „Tapferen Märzgefallenen als Opfer königlichen Hochmuts und der preußischen Soldateska“ gewidmet. In einigen Widmungen waren die Erfolge bei der letzten Reichstagswahl erwähnt. So lautete eine Widmung:

„Anno 1848 waren wir nicht zu sehn, heute sind wir 110.“

Die Taubstummen widmeten den Toten im Friedrichshain folgende Worte:

„Wir Taubstummen können nicht hören der Freiheit gewaltiges Lied,
Doch tönt uns im Herzen die Weise von Freiheit, Glück und Sieg.“

Den Helden der Revolution widmet die Redaktion des „Vorwärts“ die Worte:

„Lewwer düad as Slaav!“

So war der 18. März in Berlin wieder eine mächtige Demonstration für die Freiheit. Und von vielen Tausenden, die in gemessenem Schritt an den Gräbern im Friedrichshain vorüberzogen, waren die Worte aus dem Herzen gesprochen:

„Kein Himmel kann das Heil uns senden; es fällt aus keines Gottes Schoß.
Die Menschheit muß mit eignen Händen erschaffen sich ein beff'res Los.“

Oder:

„Ihr bleibt uns unvergessen, wie auch die Zeit entschwand,
Im Geiste dankbar pressen wir Euch die Bruderhand.“

Wie ein Bekenntnis des Proletariats prangten auf einer Schleife am Ausgang des Friedhofes:

„Wir wanken und wir weichen nicht, bis daß das Werk vollbracht;
Bis daß vom Volk gewonnen ist die letzte Freiheitsschlacht.“

Mein Rock und meine Richtung.

Von Ph. Scheidemann.

Zu einem halbwegs anständigen Raritätenkabinett habe ich allewell die unentbehrlichsten Utensilien beisammen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß ich im stillen schon daran denke, dem Castanschen Panoptikum Konkurrenz zu machen. Nein, wirklich nicht. Wenigstens vorläufig noch nicht. Ich binde mir aber auf keinen Fall die Hände für alle Zukunft.

Zunächst habe ich eine reichhaltige Autographensammlung. Ich bekam im Laufe weniger Wochen, an die ich mit Vergnügen zurückdenke, allerlei Zuschriften. Man hat mich beglückwünscht und verflucht. Einer hat mir geschrieben, daß ich und alle Juden aufgehängt werden müßten. Der Jüngling hat auch mich für einen Juden gehalten. Einige offenbar kränkliche Menschen, denen ich von ganzem Herzen gute Besserung wünsche, haben Gedichte auf mich gemacht. Das hat mir sehr weho getan. Allen anderen, die die Verse lesen, wird es nicht besser gehen. Am freundlichsten hat es offenbar eine junge Dame mit mir gemeint. Sie erbat sich brieflich von mir eine Gefälligkeit: ich sollte ihr eine Locke schenken, dann wollte sie mir auch gefällig sein. „Ich bin wirklich nicht so“, schrieb sie und nannte sich „Röschen von Bayern“. Da ich weiß, daß es kein Röschen ohne Dörnchen gibt — ich bin verherratet —, so suchte ich das bayerische Röschen zu vergessen und kaufte mir ein(ige) Glas Stechen. Die stammen ja auch aus Bayern und haben keine Dornen.

Dann erhielt ich aus Sachsen eine reizende Ballonmütze mit einer Aufschrift, die keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß sie wirklich für mich extra angefertigt worden war. Aus Stargard in Pommern schickte mir einer aus der zahlreichen Familie der Schulzen einen feuerroten Zylinder, der, vom Portier getragen, vor jedem Panoptikum, Flohzirkus oder ähnlichen Kunst- oder wissenschaftlichen Instituten, berechtigtes Aufsehen machen müßte. Inmitten meiner Raritäten nimmt er sich ein wenig zu protzig aus.

Der Clou meiner Sammlung ist unbestreitbar mein Gehrock. Ich werde ihn von nun ab wirklich nur noch ausnahmsweise bei ganz besonderen Anlässen tragen. Er hat auf alle, die ihn gesehen haben, jedenfalls erheblichen Eindruck gemacht. Freilich gingen die von ihm gegebenen Beschreibungen einigermaßen auseinander. Der eine schildert ihn als einen

neuaufgebürsteten altmodischen Rock aus Urgroßvaters Zeiten. Ein anderer hat ihn gesehen als einfachen modernen bürgerlichen Rock. Wieder ein anderer schwur seinen Lesern hoch und heilig, ich hätte mich in dem gutsitzenden Gehrock recht stattlich ausgenommen. Das hat mir sehr wohl getan und triumphierend habe ich es meiner Frau gezeigt. Dann hieß es, ich hätte mich in einem Rock vorgestellt, der dem besten Schneidermeister Berlins alle Ehre machen würde. Und endlich schrieb die Zentrumspresse unter Hinweis auf meinen Rock, daß niemals ein millionenschwerer Graf so elegant dagesessen hätte, wie ich in dem kostbaren, wie wir gesehen haben, „altmodischen“, „modernen“, „neuaufgebürsteten“ Rock.

Daß ein solcher Rock, der überdies in mindestens einem Dutzend tiefempfundener Gedichte besungen worden ist, seinen Wert für jede Raritätenbude hat, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen.

Dann kommt mein „blütenweißes Hemde“ als Hauptstück in Betracht. Aber vielleicht ist es besser, von dem Hemde vorläufig zu schweigen. Ich brauche ja schließlich meine Geschäftsgeheimnisse nicht zu verraten. Im Vertrauen gesagt: das Hemd war gar nicht weiß, sondern zart bläulich und mit schwarzen Pünktchen betupft.

Bedauerlich ist es auf jeden Fall, daß ich meine politische „Richtung“ nicht so ausstellen kann, wie sie geschildert worden ist. Das gäbe eine Zugnummer ersten Ranges. Einer hat behauptet, daß ich in dieser Beziehung eigentlich ein unbeschriebenes Blatt sei. Herr Bassermann hat sein großes Ehrenwort dafür verpfändet, daß er mich für einen gemäßigten Revisionisten gehalten habe, von dem er hätte annehmen dürfen, daß er mit Wonne ein Kaiserhoch ausbringen werde.

Ein anderer schrieb, ich sei ein bekannter Revisionist, stände aber nicht ganz rechts. Wohlwollend beurteilte mich ein Journalist als eine versöhnliche Natur. Einer dekretierte: er ist ein gemäßigter Radikaler, von der Couleur Molkenbuhr. Wieder ein anderer wußte es noch besser: ich sei ein „zartsinniger“ Genosse, aber doch ein bekannter Radikaler. Eine andere Lesart: er ist einer der „schärfsten“ Sozialdemokraten.

Am besten kannten mich diejenigen politischen Naturforscher, die den Herren Spahn und Heydebrand am nächsten stehen; „er ist einer der radikalsten Genossen“, der „ruppigsten einer unter seinesgleichen“, ein „knallroter Majestätsbeleidiger“, dieser „gräßliche Genosse“.

Wie meinen Rock, so hat man also auch meine „Richtung“ mit geradezu photographischer Naturwahrheit geschildert — oh, die Herren kennen mich sehr genau und sie haben mich sorgsam studiert, bevor sie die Federn in die Tinte tauchten. Das beweisen auch die Schilderungen meiner Haartracht. Ich bitte meine näheren Freunde, nicht so niederträchtig zu lachen!

Einer, der mir gewiß sehr gut gesinnt ist, hat geschrieben, daß ich stets sorgsam frisiert sei. Ein anderer hat erzählt, daß ich mein blondes Haar gescheitelt trage. Einer, der mich offenbar schon in der Nähe gesehen hatte, der mir aber nicht wehe tun wollte, schrieb: ich hätte einen „etwas gelichteten Scheitel“. Das kann ich nun freilich nicht bestreiten: der Scheitel ist wirklich etwas gelichtet. Deshalb macht es mir auch einige Schwierigkeiten, den Scheitel immer richtig in die Mitte zu kämmen.

Aber dieser Scheitel gehört ja streng genommen nicht zu den Raritäten. Ich werde als Ersatzstücke für ihn meiner Sammlung die fünf verschiedenen Löckchen, die mir junge Damen im besten Mannesalter „aus Liebe“ zugeschickt haben, einverleiben . . .

Für unsere Frauen.

Wahlrecht von Frauen zu den preußischen Handelskammern.

Frauen, die ihr Wahlrecht zu den Handelskammern ausüben wollen, dürfen nicht in eigener Person ihre Stimme abgeben, sondern müssen sich durch einen männlichen Bevollmächtigten (Prokuristen) vertreten lassen. Da nun die Wahlen zu den Handelskammern durch geheime Abstimmung mittels Stimmzettel erfolgen, haben die weiblichen Wahlberechtigten keine Kontrolle darüber, ob ihre Beauftragten tatsächlich im Sinne der Auftraggeberinnen gehandelt haben. Um diesen für das weibliche Geschlecht herabwürdigenden und die beteiligten Besitzerinnen von Handelsgeschäften wirtschaftlich schädigenden Zustand zu beseitigen, hat nach dem „Detaillist“ bei der Handelskammer in Köln das Mitglied Eliel einen Antrag eingebracht, den Inhaberinnen eingetragener Firmen das aktive Wahlrecht zu den Handelskammern in eigener Person zu gewähren. Die Kölner Handelskammer hat einstimmig beschlossen, den Deutschen Handelstag zu ersuchen, für eine entsprechende Ausgestaltung des preußischen Handelskammergesetzes einzutreten. In der Begründung wird ausgeführt, daß zwar im Jahre 1895 die Mehrzahl der Handelskammern sich gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen hat, da sie dem „System unserer Gesetzgebung“ widersprechen würde. Seit jenen 17 Jahren haben aber die Anschauungen über die Stellung der Frau auch in den Gesetzgebungswerken (Bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Gewerbeordnung) Änderungen erfahren. So ist z. B. den Frauen die direkte Wahlbeteiligung in den Innungen zugebilligt worden. Schließlich sei eine Hebung der Wahlbeteiligung zu erwarten, da Frauen, die persönlich an der Wahl teilnehmen wollten, aber zurückgewiesen wurden, sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligt haben.

Wenn die Begründung sich dagegen verwahrt, etwa der Wählbarkeit von Frauen zu Handelskammermitgliedern das Wort zu reden, so sehen wir darin schwächliche Inkonsequenz. Den Frauen gebührt aktives und passives Wahlrecht.

Frauen als Ärztinnen.

In Deutschland sind nach einer kürzlich erfolgten Zählung 118 weibliche Ärzte praktisch tätig. Dieser Zahl standen im Jahre 1908 nur 55, 1909: 69 und 1910: 102 Ärztinnen gegenüber. Von den 118 Ärztinnen des Jahres 1911 kommen auf Berlin 34, München 8, Breslau 6, Hamburg, Dresden und Frankfurt a. M. je 5, Hannover und Düsseldorf je 4, Heidelberg 3, auf 8 Städte je 2 und auf 28 Städte je eine Ärztin. Auch die Zahl der weiblichen Medizinstudierenden ist in einem ständigen Wachstum begriffen. Sie betrug im Winter 1909/10 371, im Winter 1910/11 527 und im Sommer 1911 549. Natürlich sind hierbei auch die Ausländerinnen mit eingeschlossen. — Im Anschluß daran sei noch mitgeteilt, daß in England zurzeit allein 78 Schulärztinnen beschäftigt sind. In 6 Gemeinden nehmen die Frauen sogar die oberste Stelle unter den angestellten Schulärzten ein. Außerdem sind noch 289 Schulschwestern angestellt, die wertvolle Dienste für die kränklichen und schwächlichen Kinder verrichten.

Mutterschaftsversicherung in Schweden.

Den schwedischen Reichstag hat schon im Jahre 1908 die Mutterschaftsversicherung auf Grund eines Antrages des Abgeordneten E. Wawrinsky beschäftigt. Das damals zur Beardeitung dieses Gegenstandes eingesetzte Komitee hat jetzt seine Untersuchungen beendet und in einer Abhandlung seine Vorschläge zur Durchführung der Mutterschaftsversicherung in Schweden unterbreitet. Der erste Teil dieser Abhandlung enthält allgemeine Ausführungen über die Löhne der Industriearbeiterinnen und ihre Fruchtbarkeit, während den zweiten Teil die Gesetzesvorlage mit ihren Kommentaren ausfüllt.

Nach dem Bericht Nini Kohnbergers (Stockholm) in Nummer 4 der „Frauenbewegung“ vom 15. Februar dieses Jahres geben wir folgende Einzelheiten der Vorlage wieder:

Das Versicherungsorgan soll vorzugsweise eine staatlich eingetragene Krankenkasse sein.

Die Versicherung ist für alle in der Industrie tätigen Arbeiterinnen obligatorisch, mit Ausnahme der unter 15 und über 51 Jahre alten Frauen und Mädchen. Als Versicherungsbeitrag sind für jede Versicherte monatlich 27 Öre zu zahlen, von denen die Arbeiterin 18, der Arbeitgeber 9 Öre zu erlegen hat. Der erforderliche Mehrertrag wird durch staatliche Mittel gedeckt.

Die Mutterschaftsunterstützung beträgt 2 Kronen für jeden Wochentag und soll während 6 Wochen, davon mindestens 4 nach der Niederkunft, zahlbar sein, vorausgesetzt, daß die Versicherte während dieser Zeit industriell nicht tätig war.

Die Stillprämie beträgt 15 Kronen für jedes Kind, das die Mutter während mindestens 90 Tagen nach der Niederkunft gestillt hat.

Zu dieser Unterstützung sind alle diejenigen Industriearbeiterinnen berechtigt, welche unmittelbar vor der Niederkunft 180 Tage ununterbrochen versichert waren.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die bei ihm angestellten versicherungspflichtigen Frauen bei der betreffenden Krankenkasse zur Versicherung anzumelden und die vorgeschriebenen Abgaben zu erlegen. Den Teil der Abgaben, den die Arbeiterin zu zahlen hat, kann er vom Lohne abziehen.